Nr. 102. Halle (Saale), Dienstag, den 2. Mai 1916. 27. Jahrg.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.
„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
Schriftleitung: Harz 42/44. Fernsprech. 1045
Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (92 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047
Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 2. Mai 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Südlich von Loos drang in der Nacht zum 1. Mai eine stärkere deutsche Offizierspatrouille überraschend in den englischen Graben ein; die Besatzung fiel, soweit sie sich nicht durch die Flucht retten konnte.

Im Maasgebiete haben sich die Artilleriekämpfe verstärkt. Während die Infanterietätigkeit links des Flusses auf Handgranatengefechte vorgeschobener Posten nordöstlich von Avocourt beschränkt blieb, wurde südlich der Feste Douaumont und im Caillette-Wald abends ein französischer Angriff von unseren Truppen in mehrstündigen Nahkämpfen abgeschlagen. Unsere Stellungen sind restlos gehalten.

Wie nachträglich gemeldet wurde, ist am 30. April je ein französisches Flugzeug über der Feste Chaume westlich und über dem Walde von Thierville südwestlich der Stadt Verdun im Luftkampfe zum Absturz gebracht worden. — Gestern schoß Oberleutnant Boelcke über dem Pfefferrücken sein fünfzehntes, Oberleutnant Freiherr v. Althaus nördlich der Feste St. Michel sein fünftes feindliches Flugzeug ab.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Es hat sich nichts Wesentliches ereignet.

*

Zwei englische Kriegsfahrzeuge untergegangen.

London, 2. Mai. (Amtlich.) Die bewaffnete Yacht Aegusa und der Minenleger Nasturtium sind im Mittelmeer auf Minen gelaufen und gesunken. Die Offiziere beider Schiffe wurden gerettet; von der Mannschaft werden sechs Mann von der Aegusa und sieben vom Nasturtium vermißt.

Die englischen Kriegsschiffsverluste. Französische Blätter, die den Untergang des englischen Panzers Russel kommentieren, betonen, daß dieses die 22. seit Kriegsausbruch zerstörte Schiffseinheit der englischen Marine ist. Sie geben zu, daß dieser Verlust wohl beklagenswert sei, aber durch Neubauten, an denen in den englischen Werkstätten ständig gearbeitet würden, ersetzt werden könnte.

Schiffsversenkungen. Der britische Dampfer Leudonhall wurde versenkt, ebenso der englische Dampfer Teal; er war unbewaffnet. Der britische Dampfer City of Lucknow (3669 T.) und das Fischerfahrzeug Blessing aus Hartlepool wurden versenkt.

Griechenlands Rütteln an den Ketten.

Der Entschluß der griechischen Regierung, mit allen Mitteln einen Bahntransport der serbischen Truppen von Korfu nach Saloniki zu verhindern, wird erneut bekräftigt. Der Vierverband wird es jedoch für unmöglich erklären, die Transporte zur See auszuführen, infolgedessen der Konflikt wohl gewaltsam ausgefochten werden wird. Inzwischen hat das griechische Offizierkorps eine einmütige Kundgebung erlassen. Es tritt geschlossen und bedingungslos hinter den König, was wohl bedeutet, daß die Offiziere zum kriegsmäßigen Handeln entschlossen sind. Sie sagen, daß sie nicht davor zurückschrecken würden, die äußersten Maßregeln gegen diejenigen zu ergreifen, die sich gegen Thron und Land verschworen. Der König und der Kriegsminister beeinflußten sie beruhigend, so daß die Straßen in Athen ruhig wurden. Vielleicht werden die Entscheidungen in Griechenland schon die nächsten Tage einen großen Schritt weiter getrieben.

*

Truppenrücksendungen nach Frankreich. Die Schweizerische Telegraphenagentur erfährt aus Athen, der Vierverband mache fieberhafte Anstrengungen, um die Truppen, die noch aus den Dardanellenkämpfen in Aegypten sind, nach Marseille zu schaffen. Hundertfünfzig Transportdampfer sind in den ägyptischen Häfen versammelt. Bisher wurden über 100 000 Mann nach Marseille transportiert. In Marseille sind auch marokkanische Truppen gelandet worden. Sie wurden bis zum Abtransport nach Frankreich in den Marseiller Kasernen untergebracht.

Wirtschaftskonferenz der Vierverbandsmächte. Dem Pariser Temps wird aus London gemeldet, daß eine wirtschaftliche Konferenz des Vierverbandes in Paris Anfang Juni zusammentreten werde. Die jetzt in Paris vor sich gehenden wirtschaftlichen Verhandlungen seien nur nichtamtliche Vorbesprechungen.

*

Die Antwort an Amerika.

Die Berliner Blätter erfahren: Die Beratungen im Großen Hauptquartier über die deutsche Antwortnote an die amerikanische Regierung haben die Angelegenheit so weit gefördert, daß nunmehr am Text der Note gearbeitet werden kann. Die Fertigstellung erfolgt in Berlin nach den Gesichtspunkten, die im Großen Hauptquartier aufgestellt worden sind. Die Fertigstellung macht selbstverständlich noch Beratungen notwendig. Der Reichskanzler trifft in kürzester Zeit in Berlin ein. Der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika, der im Großen Hauptquartier vom Kaiser empfangen wurde, reiste nach Berlin zurück.

Der Zeitpunkt des Friedens nähert sich.

Der Chemnitzer Volksst. wird gemeldet: Amsterdam, 1. Mai. Der ausführende Ausschuß des Internationalen Sozialistischen Bureaus hat an die dem Bureau angeschlossenen Parteien ein Manifest gerichtet, das das holländische Sozialisten-Organ Het Volk wiedergibt. Es wird darin eine Darstellung der mit Vertretern der Sozialisten der kriegführenden abgehaltenen Konferenzen gegeben, und die Meinungsverschiedenheiten auseinandergesetzt, die sich bei diesen Konferenzen ergeben haben. In der Hauptsache bezogen sie sich auf die Aufstellung des Zeitpunktes des Friedensschlusses. Einige, so heißt es in dem Manifest, wollen den Frieden sofort um jeden Preis; für sie kommt es vor allem darauf an, dem Krieg ein Ende zu machen. Andere wollen den Frieden in dem jetzigen Zeitpunkte nicht, nicht deshalb, weil sie keinen Frieden herbeisehnen, sondern weil ihrer Ueberzeugung nach der Frieden jetzt nur mangelhaft sein würde, aber alle erklären in ihren Beschlüssen, Reden und in der Presse, daß sich der Zeitpunkt nähere, in dem sich die Welt klarer im Ziel des Friedens wäre. — Die Genossen, die den Frieden jetzt noch für verfrüht halten, sind bekanntlich die Mehrheit der französischen und englischen Arbeiterorganisationen. Die deutsche Sozialdemokratie hat einmütig von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, dem schrecklichen Menschenmorden so rasch wie möglich ein Ende zu machen.

Friedensbestrebungen serbischer Sozialdemokraten.

Die Berner Tagwacht veröffentlicht einen Aufruf der serbischen Sozialdemokraten, der von der serbischen Regierung fordert, daß sie sofort Unterhandlungen über den Friedensschluß einleite und dafür sorge, daß das Heer und die Bevölkerung ohne weitere Qualen nach Hause zurückkehren können. Die Regierung sei verpflichtet, so vorzugehen, um zu retten, was noch gerettet werden kann.

Der irische Aufstand niedergeschlagen!

Die englische Soldateska hat über die irische Erhebung „den Sieg" davongetragen, natürlich. Einem organisierten Militarismus gegenüber, der der Regierung willenlos und blind gehorcht, ist ein Volksaufstand schwer durchzuführen. Die Aufständischen haben sich jetzt ergeben.

London, 1. Mai. (Reuter.) Die Uebergabe der Rebellen in Dublin erfolgte, als sie aus dem brennenden Hauptpostamt herausgetrieben worden waren. Die Truppen, die die Ausgänge nach der Sackville-Street besetzt hielten, stellten das Feuer ein. Die Rebellenführer näherten sich mit der Parlamentärflagge. Man schloß zunächst einen Waffenstillstand. Darauf unterzeichnete Pearce, der sogenannte Präsident der provisorischen republikanischen Regierung, die formelle bedingungslose Uebergabe. Alle Kommandeure aller Streitkräfte der Rebellen erhielten den Befehl, die Waffen niederzulegen. Abschriften des Uebergabeprotokolls werden im ganzen Land angeschlagen.

Weitere Meldungen besagen: Beim Brand des Postamtes erhellten die Flammen die ganze Stadt. Sie schlugen 150 Fuß hoch in die Luft. Dadurch wurde die Aufgabe der Belagerer wesentlich erleichtert. Ein großer Teil der Rebellen wurde aus den stärksten Stellungen vertrieben. Der Führer der Revolutionäre, Pearce, wurde verwundet. Die auf den Straßen liegenden Leichen wurden gezählt. Die Gesamtverluste werden wahrscheinlich nie bekannt werden, aber sie sind zweifellos groß. Auch das Dubliner Schloß wurde von den Rebellen belagert. Es gelang ihnen aber nicht, einzudringen. Es sollen viele Kinder teils auf der Straße erschossen worden, teils in brennenden Gebäuden umgekommen sein. Alle Dubliner Rebellenführer haben sich ergeben.

Eine englische amtliche Meldung besagt: Alle Aufständischen in Dublin haben sich ergeben, und die Sicherheit in der Stadt ist wieder hergestellt. In den ländlichen Gegenden ergeben sich die Aufständischen fliegenden Truppenabteilungen.

In Dublin hat man gestern (hier fehlt eine Zahl, die in dem Londoner Telegramm durch die vier Buchstaben addd angedeutet ist) Gefangene, von denen 489 nach England gesandt wurden. In Enniscorthy erboten sich die Aufständischen, ihre Führer und die Waffen auszuliefern, falls man der Mannschaft gestatten würde, nach Hause zurückzukehren. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß die Uebergabe bedingungslos sein müsse. Sie ergeben sich jetzt.

So hat denn die englische Regierung zwar in Kut-el-Amara die Schlacht verloren, den Feldzug gegen die „Rebellen" im eigenen Lande aber gewonnen. Wie lange sie sich ihres Sieges erfreuen wird, hängt von der weiteren Weltkriegslage ab. Irland wird sich nie freiwillig in das englische Joch fügen. Zähneknirschend hat man sich jetzt unterwerfen müssen, aber der Unabhängigkeitsdrang im Volke bleibt lebendig. Kehrt eine Gelegenheit wieder, die bessere Aussicht auf Erfolg bietet, so werden die Freiheitsbestrebungen neu aufflammen. Es fragt sich jetzt, wie die Rache ausfallen wird, die England an den Aufständischen nehmen wird. Davon wird das weitere sehr wesentlich abhängen.

Um die englische Dienstpflicht.

Der schottische Gewerkschaftskongreß hat sich in seiner letzten Sitzung in Glasgow mit 66 gegen 40 Stimmen gegen die Dienstpflicht erklärt und an die Arbeiterpartei appelliert, auch auf die Abschaffung des bereits bestehenden Dienstpflichtgesetzes hinzuarbeiten. Eine Versammlung von Arbeitervereinigungen, die am Sonnabend in London abgehalten wurde, faßte einen gleichen Beschluß.

Der parlamentarische Mitarbeiter der Times schreibt, daß die Politiker aller Parteien überzeugt seien, daß der Regierung jetzt nichts anderes übrig bleibe, als eine Gesetzesvorlage für die allgemeine Dienstpflicht einzubringen. In den Kreisen der Arbeiterpartei halte man die allgemeine Dienstpflicht für unvermeidlich.

London, 29. April. Der ausführende Ausschuß des Bergmanns-Verbandes hatte eine Sitzung in London, die von General Mac Kinnon und anderen Offizieren besucht wurde. Diese erbaten 10 000 gelernte Bergleute für Tunnelarbeiten an den verschiedenen Fronten. Der Ausschuß betonte die Notwendigkeit, den gelernten Arbeitern Löhne zu zahlen, die ihren gegenwärtigen Einnahmen entsprächen. Unter dieser Voraussetzung würde man die entsprechende Zahl von Leuten erhalten. General Mac Kinnon konnte diese Zusage nicht machen, versprach aber, die Angelegenheit vor das Kriegsgericht zu bringen. (W. T. B.)

Ist der Krieg unpolitisch?

Von Gustav Eckstein.

In einem Artikel Zur Krise des Sozialismus im Märzheft des Kampf schreibt Genosse Karl Renner:

„Je größer der ziffernmäßige Anteil des Proletariats am ganzen Volkskörper, je stärker sein Anteil am Kapital im Verhältnis zum Unternehmertum, je höher sein Anteil an der politischen Gewalt des Landes, um so größer das ökonomische und politische Mitinteresse und die Mitverantwortung und um so größer die Zwangslage, den einmal ausgebrochenen, von wem immer verschuldeten, noch so sehr gehaßten Krieg im Interesse des Proletariats selbst auf die eigene Schulter zu nehmen und die Abrechnung über die Verschuldung wie über die Folgen des Krieges der inneren Auseinandersetzung nach dem Kriege vorzubehalten."

An diesem Zitat interessiert weniger das, was es enthält, als das, was es stillschweigend als offenbar selbstverständlich voraussetzt. Renner erklärt, für die Arbeiter komme es während der Dauer des Krieges nicht darauf an, wie es zum Kriege kam, wer ihn verschuldete. Diese Fragen können erst nach dem Kriege ausgetragen werden. Den einmal ausgebrochenen Krieg habe das Proletariat im eigenen Interesse „auf die eigene Schulter zu nehmen". Der „einmal ausgebrochene" Krieg wird hier also wie ein Verhängnis hingenommen, das man tragen muß, ohne es zu wenden, ohne es beeinflussen zu können. Von einer politischen Aktion war die Rede vor dem Kriege, es wird auch nach seiner Beendigung wieder von ihr die Rede sein. aber während seiner Dauer hat sie zu ruhen. Allerdings scheint sich Renner unter einer Politik während des Krieges auch nur den unter diesen Verhältnissen allerdings recht unfruchtbaren Streit über die Schuld am Kriege vorzustellen.

Nur weiß Genosse Renner natürlich sehr wohl, daß nach diesem Kriege Europa in jeder Hinsicht ein völlig anderes Gesicht zeigen wird als vor ihm. Die Aenderungen der Landkarte werden dabei voraussichtlich durchaus nicht zu den wichtigsten gehören. Aber das ganze wirtschaftliche, soziale und innerpolitische Leben, die Kräfteverhältnisse der Klassen und Parteien, ihre Stellung gegenüber der Regierung, die staatsrechtlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern, das alles wird voraussichtlich durch den Krieg von Grund aus umgestaltet werden. Dadurch wird die ganze äußere und innere Politik nicht nur für den Augenblick bestimmt; die Bahnen werden zugleich festgelegt, in denen sich, wenn auch vielleicht in ungeahnt stürmischer Weise, das wirtschaftliche, soziale und politische Leben Europas in absehbarer Zukunft bewegen wird.

Alle diese die Zukunft bestimmenden Entscheidungen werden aber natürlich nicht erst gefällt werden, wenn der Krieg beendet sein wird und wieder geordnete Verhältnisse sich hergestellt haben werden. Vielmehr ist es gerade der Krieg selbst, der diese Entscheidungen herbeigeführt. Insbesondere ist es seine Dauer, mehr als sein endlicher Ausgang, die das wirtschaftliche Schicksal Europas und damit auch dessen soziale und politische Zukunft bestimmt. Wer sich für die Geltendmachung seiner Ansprüche auf die Zeit nach dem Friedensschluß vertrösten läßt, gleicht jenem frommen Knaben, der bei der öffentlichen Ausspeisung das Gedränge vermeiden will und lieber in einer Ecke wartet, bis der Lärm vorbei ist. Nach der Darstellung des Schullesebuches meiner Knabenjahre tauchte dann auch pünktlich stets von irgendwo ein Wohltäter auf, der schließlich dem bescheidenen und artigen Knaben noch das größte Stück verabreichte. Im praktischen Leben der Ausspeisungen dürfte dieser Fall nicht häufig vorkommen, in der Politik aber nie. Wer kommt, „nachdem die Teilung längst geschehen," der hat eben das Nachsehen, und wenn er auch vorher noch so brav und sittsam war.

Diese Weisheit ist auch den anderen sehr geläufig. Denen fällt es nicht ein, daß der Krieg selbst etwas Unpolitisches sei. Wer Augen hat zum Sehen und Ohren zum Hören, der weiß, wie eifrig, wie leidenschaftlich heute in allen Ländern darum gekämpft wird, wer den maßgebenden Einfluß auf Ziel und Mittel der Kriegführung und damit auf die Dauer des Krieges haben soll. Man braucht ja in diesem Zusammenhang nur an die verschiedenen bekannten Eingaben von Interessenverbänden, an die Beschlüsse parlamentarischer Kommissionen, an Petitionen und Resolutionen, an Interpellationen der Parteien und Erklärungen der Regierungen in den verschiedenen Staaten usw. zu erinnern.

Diesem energischen, wenn auch manchmal etwas wüsten Treiben setzte die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion von vornherein den von Renner skizzierten Standpunkt entgegen, daß das Proletariat „in der Zwangslage sei, den einmal ausgebrochenen Krieg im Interesse des Proletariats selbst

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160502-13/fragment/page=0001

auf die eigene Schulter zu nehmen". Die Reichstagsabgeordneten unserer Partei hielten es auch gar nicht für notwendig, ihren von dem der Regierung etwa abweichenden politischen Standpunkt in den Kriegsfragen in irgend einer Weise kenntlich zu machen, offenbar, weil sie keinen solchen abweichenden Standpunkt einnahmen. Sie ordneten alle Politik bedingungslos der Landesverteidigung unter; nicht etwa dem politischen Ziele, daß sich der Krieg auf die bloße Verteidigung der Landesgrenzen beschränken solle; sie bemühten sich auch bisher noch nie um eine nähere Erklärung, was sie denn eigentlich unter Landesverteidigung konkret verstehen, sondern sie verkündeten, daß jedes Klasseninteresse dem einer zweckmäßigen Kriegführung unterzuordnen sei, denn diese allein verbürge die Sicherung der Grenzen. Auf die Kriegführung selbst Einfluß nehmen zu wollen, konnte ihnen selbstverständlich nicht beikommen. Sie zu bestimmen und zu leiten, ist Sache des Generalstabs.

Die so viel umstrittene Abstimmung vom 4. August hatte also, wie die Folge gezeigt hat, tatsächlich die den meisten Teilnehmern damals allerdings wohl noch unbewußte Bedeutung, daß die Fraktion für die Dauer des Krieges auf die Geltendmachung einer eigenen Politik in Kriegsfragen wenigstens vor der Oeffentlichkeit verzichtete. Wie vollständig sie das tat, geht am klarsten daraus hervor, daß sie es ausdrücklich ablehnte, die Thesen, die so etwas wie eine Art Kriegsprogramm der Fraktionsmehrheit enthielten, im Plenum des Hauses verlesen zu lassen. Tatsächlich ist ja auch der volle Wortlaut dieser Thesen bis heute ein Geheimnis der Fraktion.

Ob und in welchem Maße vielleicht einzelne Fraktionsmitglieder in den geschlossenen Kommissionen oder in Privat-Gesprächen mit Ministern, Staatssekretären und anderen Persönlichkeiten einen spezifisch sozialdemokratischen Standpunkt vertreten haben, entzieht sich der Kenntnis der uneingeweihten Oeffentlichkeit. Aber selbst wenn es geschehen sein sollte; glauben die betreffenden Genossen, im Verkehr mit der Regierung und mit bürgerlichen Parteien durch das Gewicht ihrer Argumente den Mangel an Rückhalt bei den Massen wettmachen zu können, die von ihren geheimen Versuchen nicht einmal etwas erfahren?

Genosse Friedrich Adler hat einmal sehr treffend das Parlament mit einer Turbine verglichen, die ihren Antrieb von den sich in der Gesellschaft geltend machenden Klasseninteressen erhält. Sie selbst ist nicht Kraftquelle, sondern nur ein Kraftransformator, eine Vorrichtung, um die lebendigen Naturkräfte zu zweckmäßiger Arbeitsleistung zu verwenden. Findet der wilde Schwall des leidenschaftlich erregten Willens der Volksmassen keinen Eingang mehr in diesen Transformator, hören die Massen aus dem Parlament nicht mehr das Echo ihres eigenen Denkens und Wollens, dann werden sie diesem Parlament nicht nur entfremdet, die erregten Wogen ihrer Leidenschaft suchen sich andere Bahnen, während die Turbine leer läuft. Sie liefert keine nutzbare Kraft mehr, sondern höchstens noch Lärm.

Was versteht heute der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands unter Sozialismus? Die Antwort darauf gibt die von ihm kürzlich herausgegebene kleine Schrift: Für die Einheit der Partei. Da kein Verfasser genannt ist, muß der Herausgeber die Verantwortung für den Inhalt tragen. Dort heißt es:

„Der Sozialismus ist nicht tot und nicht besiegt, er hat gerade in diesem Kriege die eindrucksvolle Rechtfertigung erfahren. In allen Ländern hat man, als die Not an die Türen pochte, rettende Zuflucht bei den Wirtschaftsprinzipien des Sozialismus gesucht. Wo immer das kapitalistische Spiel der freien Kräfte Not und Verwirrung schuf, da rief man, wenn auch zögernd nur und widerwillig, das sozialistische Prinzip der Organisation der wirtschaftlichen Kräfte herbei. Nein, der Sozialismus lebt und wird in der Zukunft stärker und machtvoller leben als je zuvor."

Es ist wohl mehr als fraglich, ob es heute in den Ohren der Mehrzahl der Arbeiter sehr verlockend klingt, wenn ihnen verkündet wird, dem Sozialismus der Brot- und Butterkarten, der fortwährend steigenden Höchstpreise . . . gehöre die Zukunft. Vor dem 4. August 1914 dürften sich jedenfalls die meisten etwas anderes unter dem Sozialismus vorgestellt haben, dessen Banner sie begeistert folgten.

Was heute plötzlich mit dem einst so schönen Namen Sozialismus bezeichnet wird, ist in der Tat nichts anderes als Organisation . . .

Während sich aber so der Sozialismus im Handumdrehen in Wirtschafts-Organisation verwandelt hat, von wem und zu welchem Zweck immer auch unternommen, hat sich die Politik zugleich in Landesverteidigung aufgelöst. .

Erinnert man sich nun jenes vorhin erwähnten Gleichnisses, dann erhebt sich die erste Frage, ob die Massen draußen diese Wandlung der Reichstagsfraktion mitgemacht haben oder nicht. Dies genau festzustellen, ist heute unter den bestehenden Verhältnissen kaum möglich, besonders wenn man bedenkt, daß der wichtigste Teil dieser Massen heute Uniform trägt. Wären aber in der Tat die Massen der Partei ihrer Reichstagsfraktion auf ihrem Wege nicht gefolgt, oder wären sie auf diesem Wege wieder umgekehrt, dann fänden ihre Stimmungen und Bedürfnisse, deren Ausdruck die sozialdemokratische Reichstagsfraktion früher war, heute kein Echo mehr in Wallots Kuppelhaus, und damit wären alle die Gefahren drohend geworden, die vorhin angedeutet wurden. Der sozialdemokratische Abgeordnete, der glaubt, daß Sozialismus und Demokratie auch heute noch weite Kreise unseres Volkes beseelen, daß die Arbeiter weiter das Bedürfnis haben, nicht nur Objekt, sondern auch Subjekt der Politik zu sein, stand dann vor der Wahl, entweder der Fraktionsdisziplin weiter zu folgen und auch für sein Teil das Unheil zu beschleunigen, dessen Nahen er fürchtete, aber voraussah, oder diese Disziplin zu brechen.

Politische Uebersicht.

Geben sie alles freudig hin?

„Alles geben wir freudig hin!" rief der Reichskanzler in einer seiner ersten Kriegsreden, und der ganze Reichstag stimmte ihm begeistert zu. Als aber die Kosten des Krieges stiegen und der Vorschlag auftauchte, einen Teil von ihnen aus einem neuen Wehrbeitrag zu decken, der von den großen Einkommen und Vermögen erhoben wird, da entstand in einer gewissen Presse sofort ein großes Weinen und Klagen. „Habt ihr uns denn nicht versprochen," so jammerte man, „daß dieser schreckliche Wehrbeitrag nie wieder erhoben werden soll?"

Diesen weinerlichen Patrioten bereitet jetzt der Senatspräsident des preußischen Oberverwaltungsgerichts Dr. Strutz folgende klassische Abfuhr:

„Ich hatte auf einen Ausweg (Erhebung eines neuen Wehrbeitrages) hingewiesen, wenn wir 1917 noch keinen Frieden haben und deshalb die Besitzsteuer nicht erstmalig ordnungsmäßig veranlagen können. Die Kreuzzeitung schrieb daraufhin am 21. März, mein Vorschlag zeige abermals, „wie leicht man sich über moralische Bindungen, die bei Einführung einer Steuer eingegangen worden sind, hinwegzusetzen geneigt ist." Als jene „Bindungen" eingegangen wurden, ging aber ihr Sinn schwerlich dahin, daß unter keinen Umständen auch während eines jedes für möglich gehaltene Maß an Dauer und an finanziellen Aufwendungen noch so sehr übersteigenden Existenzkampfes Deutschlands eine nochmalige effektive Vermögenssteuer nach Art des Wehrbeitrags und in für eine effektive Vermögenssteuer so mäßigen Höhe erhoben werden dürfte. An solche Verhältnisse hat man damals bei jener „moralischen Bindung" und bei den Bewegungen, sie gesetzlich festzulegen, nicht gedacht und für solche Verhältnisse konnte man eine solche Bindung vernünftigerweise auch nicht übernehmen. Der gegenwärtige Krieg hat uns gezwungen, uns noch über ganz andere nicht bloß „moralisch", sondern sogar gesetzlich, zu verfassungsmäßig eingegangene Bindungen hinwegzusetzen, weil sie auf solche Verhältnisse nicht zugeschnitten waren. Man denke nur an die nun schon seit sieben Vierteljahren in ganz Deutschland suspendierten verfassungsmäßigen Grundrechte, an die tagtäglichen Eingriffe in das Privateigentum und die Gewerbefreiheit."

Hier wird deutlich gezeigt, was sich hinter der Fadenscheinigkeit der Argumente, die gegen den Wehrbeitrag erhoben werden, wirklich verbirgt. In weiten Volkskreisen hat man dieses Spiel auch längst satt. Wird der neue Finanzplan nach den Wünschen derer zugeschnitten, die noch immer nicht begreifen, daß Krieg ist und daß der Krieg auch die Bestehenden etwas kosten darf, dann ist er für die Sozialdemokratie einfach unannehmbar!

Die Nationalliberalen gegen die Zensur.

Die bayerischen Nationalliberalen hielten am Sonntag in Nürnberg ihren Vertretertag ab. Abg. Stresemann versicherte in seinem Vortrage, daß die nationalliberale Reichstagsfraktion keineswegs einen Wechsel im Kanzleramt anstrebe. Redner erörterte dann die Frage der Zensur, die er scharf verurteilte. Man dürfe das deutsche Volk nicht behandeln, wie ein unmündiges Kind. — Die Zensurfrage wird demnächst im Reichstag erneut behandelt, hoffentlich wiederholen die Nationalliberalen bei dieser Gelegenheit das völlig berechtigte scharfe Urteil, das Herr Stresemann in Nürnberg gefällt hat.

Für neuen Krieg!

Während die übrige Berliner Presse die Erörterung des amerikanisch-deutschen Streitfalles eingestellt hat, fährt das Organ des Bundes der Landwirte fort, durch seinen weltpolitischen Wortführer, den Grafen Reventlow, Stimmung für den Krieg mit Amerika zu machen. Jeden Morgen und jeden Abend beweist uns der Herr in einem neuen Artikel, welches Glück es für uns wäre, wenn wir zu England, Frankreich, Rußland, Italien, Portugal und Japan auch noch die Vereinigten Staaten auf den Hals kriegten.

Nichts kann den Fanatiker des „uneingeschränkten Torpedos" einschüchtern, nichts ihn irremachen. Dem naheliegenden Einwand, er wünsche doch auch uns, was die Feinde des Reiches wünschen, begegnet er mit folgender Versicherung:

Man weiß in London über alles Bescheid, tut bisweilen so, als ob man einen Krieg zwischen Deutschland und Amerika wünsche, und arbeitet dabei emsig auf eine deutsch-amerikanische „Verständigung" in dem Sinne hin, daß der unangenehme U-Bootkrieg womöglich ganz aufhöre, zum mindesten in der Praxis harmlos gemacht, unter keinen Umständen aber verschärft werde.

Zu solchen Attentaten auf den gesunden Menschenverstand ist nur einer fähig, der sich in eine fixe Idee unheilbar verrannt hat. Graf Reventlow will England die Bundesgenossenschaft Amerikas aufzwingen, um dann beide miteinander elend in die Pfanne zu hauen. Die schlauen Engländer durchschauen diese Absicht und haben vor der Hilfe Amerikas die größte Angst. Da sie aber wieder zu schlau sind, um diese Angst offen zu zeigen, „tun sie bisweilen so, als ob sie den Krieg zwischen Deutschland und Amerika wünschten"! Aber noch schlauer als die schlauesten Engländer ist der Graf Reventlow, und darum wird er die Engländer zwingen, Amerikas Kriegshilfe anzunehmen, ob sie nun wollen oder nicht.

Als Erfolg einer amerikanisch-deutschen Verständigung stellt Graf Reventlow das Auflösen oder das „Harmlosmachen" des U-Bootkriegs in Aussicht. Dabei hat Amerika die Einstellung des U-Bootkriegs gar nicht verlangt, es fordert nur, daß sich die U-Boote, nach den Weisungen der deutschen Regierung, an die Regeln halten sollen, die für jedes Kriegsschiff gelten. Daß die U-Boote auch unter Einhaltung dieser Regeln eine lebhafte Tätigkeit entfalten können, beweist gerade das von der deutschen Regierung der amerikanischen unterbreitete Material. Da werden zahlreiche Fälle angeführt, in denen das U-Boot ganz wie ein reguläres Kriegsschiff gehandelt hat und die doch mit der Versenkung des feindlichen Handelsschiffes (nach vorheriger Warnung und Rettung der Mannschaft) geendet haben.

Graf Reventlow verspricht seinem gläubigen Publikum von der Anwendung des uneingeschränkten Torpedos die fabelhaftesten Erfolge. Er spottet über „die große wirtschaftliche Macht" Amerikas, mit ihr wird er im Handumdrehen fertig. Würde man das „unbeschränkte Torpedo" anwenden, so könnte man „den amerikanischen Handel nach Europa von Bergen bis nach Gibraltar unterbinden." Das ist eine Großsprecherei, die das Gelächter der ganzen Welt herausfordert. Durch solche Wahngebilde wird sich das deutsche Volk nicht in einen neuen Krieg hineinhetzen lassen wollen. Käme es aber dennoch dazu, so würde es wenigstens wissen, wem zum großen Teile das „Verdienst" daran zuzuschreiben ist.

Kleine politische Nachrichten.

Reichstagsersatzwahlen. Die Ersatzwahlen zum Reichstag für den Wahlkreis Waldshut-Säckingen und Heidelberg sind auf den 15. Juni festgesetzt worden. Ersterer Kreis ist sicherer Besitzstand des Zentrums und in Heidelberg dürfte, im Zeichen des Burgfriedens, wieder ein Nationalliberaler gewählt werden.

Ums tägliche Brot.

Die Fleischversorgung.

Unter dem Titel: Wirtschaftspolitische Wochenschau veröffentlicht die Nordd. Allg. Zeitung die Maßnahmen, die zur Fleischversorgung ergriffen worden sind. An der Spitze steht die Reichsfleischstelle. Die Beschaffung und Verteilung des Fleisches ist bis hinunter zum Verkäufer wunderbar geregelt — auf dem Papier. Diese Organisation hat man jetzt, wo Fleisch entweder gar nicht oder doch nur zu hohen Preisen zu haben ist. Die ganze Art der Lebensmittelverteilung war eine Kette der allerschlimmsten Fehler. Erst jetzt, nachdem schlachtreifes Vieh auf geraume Zeit nicht mehr zu haben ist, hat man eine großzügige Organisation geschaffen, die leider nichts hat, was sie verteilen könnte. Weil man das ganz gut weiß, deshalb empfiehlt man dem Publikum, Beschwerden über das mangelhafte Funktionieren dieser Organisation zu unterlassen. Es wird gesagt:

„Kundige und kritische Betrachtung müßte es ablehnen, auftauchende Schwierigkeiten ohne den geringsten Versuch einer Feststellung, in welchem Gliede der Kette und warum sie eingetreten sind, einer Reichsbehörde zur Last zu legen, die ihrem ganzen Wesen und ihrer verfassungsrechtlichen Stellung nach für die Versorgung nur den gesetzlichen Rahmen schaffen und die oberste Aufsicht führen, sich aber nirgends an der Durchführung im einzelnen beteiligen kann. Man sollte ja überhaupt mit Vorwürfen etwas weniger leicht bei der Hand sein; die gegenseitige Anpassung, das stetige Handinhandarbeiten der Teile eines Riesenorganismus, wie ihn die einheitlich über das ganze Reich erstreckte Versorgung mit einem Hauptnahrungsmittel von besonders schwieriger technischer Eigenart erfordert, ist keineswegs einfach, und alle Glieder der Organisation stoßen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe auf ernsthafte und tiefliegende Hemmungen. Fruchtbare Kritik scheut keine Amtsstelle — im Gegenteil. Aber eine Kritik, die, um für gewisse, an sich begreifliche Beschwerden einen Sündenbock zu finden, an den gegebenen Voraussetzungen einfach vorübergeht, sollte man unterlassen; sie trübt die Erkenntnis der Sachlage und leistet nichts für die Beseitigung der Schäden."

Die auf dem Lande vorhandenen Bestände an Fleisch, Fett, Wurst usw. sollen den Besitzern bleiben. Der Artikel führt hierzu aus:

„In gewissem Umfange ist diese Ungleichmäßigkeit in der Tat vorhanden — und einigermaßen muß sie auch vorhanden sein. Man muß dem Erzeuger von seinem eigenen Produkt selbstverständlich so viel belassen, als er für seinen und seiner Angehörigen — notwendigen und auskömmlichen — Verbrauch bis zum Anfall der nächsten Erträge braucht. Tritt irgendwo im städtischen Lebensmittelverkehr eine zeitweise Stockung ein, so wäre es natürlich ein Unding (und daneben eine technische Unmöglichkeit), darum auch dem ländlichen Erzeuger seine Ration wegzunehmen. Auf dem Lande gibt es weder eine regelmäßige Markt- noch eine rasch und stetig funktionierende Verteilungsorganisation; die Vorratshaltung, die in den Städten unter den gegenwärtigen Umständen mit gutem Grunde aufs energischste bekämpft wird, ist deshalb auf dem Lande in ziemlich ausgedehntem Grade unentbehrlich.

Wenn diese Begründung im Bureau des Bundes der Landwirte gemacht worden wäre, hätte sie kaum anders ausfallen können. Zwar die Hausschlachtungen hat man verboten, aber nur bis zum 1. Oktober. Den Landwirten ist die feste Zusicherung gegeben worden, daß sie von diesem Termin ab wieder schlachten dürfen. Mit dieser Einschränkung wird aber schon deshalb gar nichts erreicht, weil der Landwirt im Sommer überhaupt nicht schlachtet, von Notschlachtungen abgesehen. Und im Herbst kann er zur gewohnten Zeit wieder schlachten, so viel er will. Was er nicht braucht, das kann dann auf den Markt kommen!

Die hier beliebte Art der Regelung der Fleischversorgung macht es wirklich schwer, feine Satire zu schreiben.

•

Keine Fleischkarten für das Reich! Nach einem Berliner Blatte sollte die Einführung von Fleischkarten für das ganze Reich unmittelbar bevorstehen. Auch sollte die Festsetzung von Höchstpreisen und anderen Maßnahmen in Aussicht genommen sein. Das B. T. ist von zuständiger Seite ermächtigt, mitzuteilen, daß diese Nachricht von Anfang bis zu Ende aus den Fingern gesogen sei. Jede einzelne dieser Maßnahmen würde gerade das Gegenteil von dem erreichen, worauf es heute in erster Linie ankomme. Hört, hört!

Kein Fleisch gefunden! Berlin, 1. Mai. Das Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund der mehrfach vertretenen Ansicht, daß infolge der Fleischknappheit zwecks Erzielung größerer Gewinne mit dem Fleischverkauf zurückgehalten wird, hat das Polizeipräsidium eine Durchsuchung sämtlicher Kühlhallen sowie einer größeren Anzahl Schlächtereien und Wildhandlungen vornehmen lassen. Nach dem Ergebnis dieser Ermittlungen hat in keinem einzigen Fall eine Zurückhaltung stattgefunden.

Kein Fettglanz der Brote mehr! Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, in der das Bestreichen der Brotlaibe vor dem Ausbacken mit Fett verboten ist. Als Fett gelten alle pflanzlichen und tierischen Oele und Fette.

Fabelhaft hohe Preise für Zuchtvieh.

Erstaunlich hohe Gewinne streichen die Viehzüchter ein. So wurden auf der Zuchtviehauktion der Ostpreußischen Holländer Herdbuch-Gesellschaft noch nie dagewesene Preise erzielt. Ein einjähriger Bulle brachte nicht weniger als 12 000 Mark; zwei weitere einjährige Stiere wurden für je 10 000 Mark verkauft. Elf Tiere kosteten je 3500 bis 6200 Mk.; bei zehn Bullen bewegten sich die Preise von 3000 bis 3400 Mark. Bei vierzig Bullen betrugen die Verkaufspreise 2000 bis 2950 Mark, bei 60 1000 Mark. Nur ein Bulle brachte weniger als 1000 Mark. Auch die Preise für Sterken waren enorm hoch. Zwei brachten über 3000 Mark, fünfzehn 2010 bis 2980 Mark, 99 1000 bis 1980 Mark, und nur eine Sterke brachte weniger als 1000 Mk. In den agrarischen Zeitungen wird trotzdem ständig nachzuweisen versucht, daß die Landwirtschaft eigentlich kein Mehreinkommen zu verzeichnen habe.

Höchstpreise für Fische.

Berlin, 1. Mai. Amtlich. Durch Beschluß des Bundesrats ist der Reichskanzler ermächtigt worden, Preise für den Großhandel von Fischen nach Anhörung von Sachverständigen festzusetzen. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden können für ihren Bezirk oder Teile ihres Bezirks Abweichungen von den Preisen anordnen. Bei Verschiedenheit der Preise am Orte der gewerblichen Niederlassung des Käufers und des Verkäufers sind die für den letzten Ort geltenden Preise maßgebend. Die Kommunalverbände und Gemeinden sind berechtigt und auf Anordnung der Landeszentralbehörden verpflichtet, Höchstpreise für den Kleinverkauf festzusetzen. Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern müssen diese Preisfestsetzung unter allen Umständen vornehmen.

Kontrolle der Haushaltungsvorräte.

Gegen die Hamsterei wird in letzter Zeit in Süddeutschland energischer als bisher eingeschritten. In München sind Höchstvorratsmengen für den Einzelhaushalt festgesetzt worden; Ueberschreitungen sind verboten und mit Strafe bedroht. In Stuttgart ist zu ähnlichen Zwecken ein allgemeines Lebensmittelbuch eingeführt. Eier, Fettwaren, Graupen, Grieß, Hülsenfrüchte, Kakao, Kartoffeln, kondensierte Milch, Seife, Teigwaren, Zucker (also neben etlichen gesetzlich rationierten auch bisher unrationierte Produkte) dürfen nur gegen Vorzeigung des Lebensmittelbuches in Höchstkopfmengen abgegeben werden, die das Stadtschultheißenamt jeweils für eine bestimmte Verbrauchsperiode festsetzt. Die Bücher werden bei der Brotkartenausgabe kontrolliert.

Kein Petroleum während Juni, Juli und August.

Berlin, 1. Mai. Amtlich. Durch Beschluß des Bundesrats wird bestimmt, daß bis zum 31. August 1916 Petroleum zu Leuchtzwecken an Wiederverkäufer vom 1. Mai 1916 ab und an Verbraucher vom 1. Juni 1916 ab nicht mehr abgesetzt werden darf.

•

„Hier muß Wandel geschaffen werden."

Wie die meisten übrigen bürgerlichen Blätter Berlins, so setzt nun auch die Germania, das Zentrumsorgan, mit ziemlicher Schärfe gegen die Ueberhandnahme der Teuerung ein. Das Blatt sagt:

„Alle Maßnahmen gegen die Verteuerung des Lebensunterhalts haben bisher versagt. Unaufhörlich sind die Preise gestiegen und sie werden weiter steigen, wenn nicht kräftiger als bisher die Produktion gefördert wird. Die Höchstpreise haben bewirkt, daß die Produktion eingeschränkt wurde und die Ware verschwand. Die Preisprüfungsstellen haben in den meisten Fällen versagt. Viele Mitglieder sind schon zu der Ueberzeugung gekommen, daß alle Mühe und Arbeit vergeblich ist. Das Verbot der Hausschlachtungen ist ein Schlag ins Wasser, genau so wie die Massenabschlachtungen im Frühjahr 1915, die ein Verderben großer Vorräte im Gefolge hatten. Alle bisher getroffenen Maßnahmen sind theoretisch ausgezeichnet, praktisch haben sie gerade das Gegenteil von dem bewirkt, was bezweckt war. Butter, Fleisch, Käse, Gemüse, Eier, Kartoffeln und Heringe ausverkauft! So heißt es heute überall. Es fehlt an der Einsicht, daß nur durchgreifende Maßregeln helfen können. Mit halben und vereinzelten ist dem Volke nicht geholfen. Heute müssen Millionen stunden- und tagelang vergeblich vor den Verkaufsstellen, Kartenausgaben usw. warten. Hier muß Wandel geschaffen werden."

Die Deutsche Tageszeitung, welche die fast unerträglich gewordenen Schwierigkeiten ebenfalls erörtert, stellt die Behauptung auf, daß die Landwirtschaft keine Schuld an dem Mangel treffen könne, denn gerade die landwirtschaftlichen Kreise seien es gewesen, die die Regierung schon lange vorher auf die sich entwickelnden Zustände aufmerksam gemacht hätten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160502-13/fragment/page=0002

Halle und Saalkreis.

Halle, den 2. Mai 1916.

Mehr Fürsorge für die städtischen Arbeiter.

Lebhafte Debatten im Stadthaussaale.

Ueber die Notlage und die Wünsche der städtischen Arbeiter gab es gestern in der Stadtverordnetenversammlung ausführliche Debatten, wobei von Herrn Spröte und besonders von sozialdemokratischer Seite mit größtem Nachdruck betont wurde, daß den städtischen Arbeitern in weitestgehendem Maße geholfen werden müsse. Im Prinzip war eigentlich niemand gegen ein Wohlwollen für die Arbeiter, aber gegen einzelne Forderungen der Petition der städtischen Arbeiter sträubte man sich. Mit wohlwollenden Worten ist den Arbeitern natürlich nicht geholfen. Bei der Besprechung kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den sozialdemokratischen Rednern und dem jetzigen Vorsteher, Herrn Justizrat Dr. Keil. Als recht betrübsam wird es in weiteren Kreisen der Stadtverordneten empfunden, daß mit dem Hinscheiden des sehr loyalen Dr. Lembser auch die zurückhaltende Ruhe und vornehme Sachlichkeit vom Vorsteherstische geschieden ist. Es ist uns, der Presse, unter den gegenwärtigen Umständen leider nicht möglich, hier mehr darüber zu sagen, doch dürfte man, sofern die Geschäftsführung nicht wieder in die Lembserschen Bahnen zurückkehrt, mit weiteren Zusammenstößen und Konflikten zu rechnen haben.

Bericht über die Debatte.

Stadtv. Hoffmann berichtet, daß der Soziale Ausschuß über die Petition der Gemeindearbeiter beraten habe. Es seien Wünsche, die in früheren Eingaben wiederholt gestellt wurden. Der Ausschuß habe beschlossen: 1. Zur Lohnfrage: es sei jetzt nicht angängig, etwas an den Löhnen zu ändern, aber der Soziale Ausschuß sei überzeugt, daß die Teuerungszulage nicht ausreichend sei, diesen Punkt empfehle er zur Berücksichtigung. 2. Lohnzahlung an Feiertagen. Da hier Unzuträglichkeiten entstünden, empfiehlt der Ausschuß Uebergang zur Tagesordnung. 3. Ferien; eine Ferienordnung besteht, sie sei nur zurückgesetzt während des Krieges, weshalb der Ausschuß hier keinen Beschluß gefaßt habe.

Stadtv. Spröte: Die Lohnskala legt 38—55 Pf. Lohn für die Stunde bei den städtischen Arbeitern fest, aber die Skalen werden nicht eingehalten. Den Höchstlohn erhalten nur ganze vier Mann, 40—50 müßten ihn aber erhalten. Nach 6 bis 8 Jahren soll der Höchstlohn erreicht sein; daß das nicht eingehalten wird, muß auf seine Ursachen untersucht werden. Die Arbeiter sind berechtigt, immer wieder ihre Wünsche hier vorzubringen, bis die Arbeiter zu ihrem Rechte kommen. Das ist keine Nörgelei. Für die Feiertagsarbeit sollte 25 bis 50 Prozent Zuschlag gewährt werden. Die Stadt soll einen Stamm älterer Arbeiter heranziehen, aber die Stadt muß sie gerecht behandeln. Der Urlaub sollte erteilt werden, denn auch die Arbeiter sind während des Krieges sehr angestrengt worden. Endlich sollten einmal die längst beschlossenen Arbeiterausschüsse eingeführt werden, dann könnten alle Fragen besser geregelt werden.

Stadtv. Genosse Gröbel: Es ist notwendig, die Wünsche der städtischen Arbeiter hier eingehend zu besprechen. Die kolossale Teuerung bedrückt das ganze Volk, sie wird von Tag zu Tag stärker und belastet gerade die schlechtestbezahlten Arbeiter am meisten. Sie müssen für Lebensmittel, die ja als fast alleinige Aufwendungen für sie noch in Frage kommen, heute alles anwenden. Die Teuerungszulagen sind da ganz ungenügend. Ich beantrage als erste Erhöhung 90 Pf. statt 60 Pf. für jedes Kind zu gewähren, damit wenigstens hier eine Erleichterung der Ernährung geschaffen wird. Das würde der ganzen Familie das „Durchhalten" ein wenig erleichtern. Weitere Erhöhungen sind notwendig. Die Bezahlung der in der Woche fallenden Feiertage müßte eine Selbstverständlichkeit sein. Die Privatindustrie bezahlt freilich nur Stundenlöhne, das darf für die Stadt nicht maßgebend sein. Denn die Stadt bezahlt doch den Beamten die Feiertage, den Arbeitern aber, die im Lohn so viel tiefer stehen, bezahlt man die Feiertage nicht. Diese Ungerechtigkeit muß beseitigt werden. Ueberzeit- und Sonntagsarbeit wird in der Privatindustrie durchweg mit einem Aufschlag von 10 bis 25 Pf. pro Stunde bezahlt. Der Stadt muß das gleiche möglich sein, sie müßte hier sogar mit gutem Beispiele vorangehen. Das Gewähren von Urlaub ist eine Notwendigkeit und eine Gerechtigkeit, denn wenn man den Beamten Urlaub gewährt, dann auch den Arbeitern. Und noch ein Punkt: der Krankengeldzuschuß wird denjenigen bezahlt, die im Wochen- und Monatslohn stehen. Wer im Stundenlohn steht, erhält erst vom 4. Tage den Zuschuß, wenn ein Feiertag dazwischen liegt, wird für diesen Tag der Lohn abgerechnet. Das ist nicht gerecht. Manche Debatte würde uns erspart sein, wenn endlich Arbeiterausschüsse eingerichtet würden. Selbst bei den am schwersten zugänglichen Metallindustrielen hört man die Arbeiter. Da müßte die Stadt ebenfalls mit den von den Arbeitern dazu bestimmten Vertretern vorhandeln. Der Herr Vorsteher lacht zwar, ihm sind das wohl böhmische Dörfer, er scheint da nicht informiert zu sein; es gibt aber Betriebe, die es gern sehen, wenn Arbeitervertreter mit beraten. Durch Aussprache und vernünftiges Verhandeln wird bald eine Menge Unlust aus der Welt geschafft; wir wünschen dringend Berücksichtigung der Wünsche.

Vorsteher Dr. Keil: Wiederholen Sie bitte noch einmal, was Sie über mich gesagt haben.

Stadtv. Gen. Gröbel: Gut, aber auch von dort aus möge man lauter sprechen. Ich habe gesagt: der Vorsteher lacht, ihm sind das wohl böhmische Dörfer, denn sonst müßte er wissen, daß es eine Menge Betriebe und Korporationen nicht verschmähen, mit Arbeiter- und Organisationsvertretern zu verhandeln.

Vorsteher: Kritik an meiner Geschäftsführung muß ich mir unbedingt verbitten. Mir ist bekannt aus dem Abgeordnetenhause, daß Ihre Parteigenossen wollen, daß überall mit Organisationsvertretern verhandelt wird. Es ist aber richtiger, nur mit Arbeitern zu verhandeln, die davon etwas verstehen, nicht mit bezahlten Agitatoren.

Stadtv. Gen. Osterburg: Seit den 15 Jahren meiner Zugehörigkeit zum Stadtparlament hat umgeheuer oft über die berechtigten Wünsche der städtischen Arbeiter hier gesprochen werden müssen. Manche Beratung war Kraftverschwendung, die man sich sparen konnte, wenn man früher schon das nötige soziale Verständnis gehabt hätte. Die Ungerechtigkeit in der verschiedenartigen Entlohnung bei der Stadt fällt auf. Den Beamten und Angestellten, die hohe Jahresgehälter erhalten, werden turnusmäßig gute Zulagen gewährt, ohne daß sie bitten brauchen. Bei den Arbeitern ist das anders, sie müssen immer wieder um jeden Pfennig Zulage einkommen und erhalten oft genug nichts. Welch ein ungeheurer Unterschied in dieser Art Besoldung und Behandlung. Hier sind zwei Welten, die sich gegenüberstehen. Die Arbeiter müssen bitten und betteln, das erscheint wie Sklavenmäßig . . .

Vorsteher: Unterlassen Sie derartige aufhetzerische Ausdrücke in der Zeit des Burgfriedens.

Stadtv. Gen. Osterburg: Ich hetze nicht auf, denn hier kommt ja jeder schon mit festen Grundsätzen her. Aber die Behandlung der städtischen Arbeiter in manchen Fragen war hier nicht richtig, das hat sogar der Oberbürgermeister zugegeben. In den Kommunen der nordischen Staaten z. B. erfahren, wenn die Gehälter der Oberbürgermeister usw. steigen, auch die Gehälter und Löhne der unteren städtischen Angestellten, und Arbeiter eine Steigerung. Hätte man den guten Willen, so ginge das hier auch. Aber die minimalsten Verbesserungen hat man hier abgelehnt, und kein Schamgefühl hat sich geregt. Die Arbeiter mußten sich gedulden, sie sind ja leider so geduldig. Es ist tieftraurig, daß die städtischen Arbeiter so bescheiden sind (stürm. Unterbrechungen).

Vorsteher: Das soll nicht aufhetzerisch sein? Ich muß Sie ob Ihrer Ausdrücke zur Ordnung rufen. (Stadtv. Scheithauer: „Das soll wohl in die Zeitung kommen.")

Stadtv. Osterburg: Darüber verfüge ich nicht. Aber selbstverständlich soll die Oeffentlichkeit wissen, wie es hier zugeht. Wir sind hier nicht in der Dunkelkammer, sondern es soll bekannt werden, wie hier gestimmt wird. Der Soz. Ausschuß hat nur ½ Stunde vor der Sitzung „getagt". Diese ungenügende Beratung ist eine Mißachtung der städtischen Arbeiter.

Vorsteher: Ich erteile Ihnen den 2. Ordnungsruf; beim 3. werde ich das Haus fragen, ob es Sie noch weiter hören will.

Stadtv. Osterburg: Man kann ja darüber verschieden denken . . .

Vorsteher: Hier gilt meine Auffassung, nicht die Ihre!

Stadtv. Osterburg: Ich kann also eine Erwiderung nicht geben, bin auch in meinen Ausführungen beschränkt worden. Ich wiederhole: Die städtischen Arbeiter brauchen bei dieser Teuerung eine Lohnzulage. Sie können nicht von auswärts Nahrungsmittel beziehen, wie andere Wohlhabende. 22 Mk. Entlohnung für Arbeiter auf städtischen Friedhöfen ist völlig ungenügend. Wer hier gegen eine Lohnzulage stimmen will, möge es mit 22 Mk. selbst versuchen, er würde dann mehr Verständnis für die Sache haben. Erfüllen wir die Wünsche der städtischen Arbeiter, so werden wir uns Dank verdienen.

Stadtv. Gen. Gröbel: Ich wende mich an die Herren, die so viel Gerechtigkeitsgefühl und Ehrlichkeit walten lassen, um mich richtig zu verstehen. Ich habe festgestellt, daß der Vorsitzer gelacht hat, also einfach eine Tatsache konstatiert, keine Kritik an Geschäftsführung geübt. Bei weniger Nervosität ginge die ganze Regelung besser. Es geht nicht, zu sagen, „hier gilt meine Auffassung allein". Ich habe auch das Recht, das hier zu konstatieren. Der Vorsitzer ist gegen die Zuziehung von Organisationsvertretern zu Verhandlungen. Er vergißt, daß das alles Leute aus dem selben Berufe sind, denen oft die Arbeitgeber das Leben so schwer machten, daß sie keine Arbeit mehr bekommen konnten. Durch Verhandlungen mit gewählten Vertretern erfolgt oft eine bessere Einigung.

Vorsteher: Ich bestreite, daß diese Dinge mir fremd seien. Sie wollen also doch Organisationsvertreter hinzuziehen.

Stadtv. Kühme: Der Soz. Ausschuß sagte sich, jetzt gilt es, etwas mehr Lohn für die Arbeiter zu erwirken, die Materie als Ganzes muß später von Grund auf geregelt werden.

Stadtv. Hoe: Die Stimmung für die Anträge war hier günstig, ob sie nach solcher Kritik noch so ist, bleibt zweifelhaft. (Lebh. Hört, hört! bei den Soz.) Sie dürfen nicht mit Ausdrücken um sich werfen, denn so viel Scham- und Ehrgefühl wie Sie haben wir auch; beschimpfen Sie uns nicht. Als vorsichtige Hausväter haben wir die Gesamtverhältnisse zu berücksichtigen. (Zurufe: Ja, bei den Beamten!)

Stadtv. Finger: Osterburgs Rede erinnert an die Trompete, der die Töne eines alten Liedes eingefroren waren. Jetzt in der Wärme taut alles auf und das alte Lied aus vergangenen Zeiten, wo wir noch nicht gemeinsam miteinander arbeiten und uns verstehen wollten, ertönt wieder. Jedes scharfe Wort erschwert alles, muß Mißtrauen säen. Der Soz. Ausschuß hat sich nur deshalb so kurz mit der Petition beschäftigt, weil nicht alles geregelt werden sollte. Er hat im Einklang mit Ihrem Kollegen Emmer verhandelt, mit Zustimmung von Emmer das meiste beschlossen.

Stadtv. Gen. Emmer: Ich habe betont: Wenn Sie den Lohn nicht erhöhen wollen, so müssen die Teuerungszulagen erhöht werden, um die Unterernährung zu verhüten. Das ist unbedingt nötig. Wir haben wohl getan, was wir nach außen veranworten können, aber die Verhältnisse sind überholt, es muß mehr gewährt werden. Bei Erhöhungen der Beamtengehälter wird immer alles bewilligt, die Arbeiter müssen erst bitten. Die Arbeiter der Stadt müssen wir so stellen, daß sie nicht verjagen. Die Verhältnisse werden schlechter und schlechter. Vom 3. Mai gibt es nur 300 Gramm Fleisch oder Fett pro Woche und Person; das ist sehr schlimm. Wir müßten Wochenlöhne einführen, dann sind die Feiertage einbegriffen; die Wünsche der Arbeiter müssen wir berücksichtigen. Wäre der Beschluß, Arbeiterausschüsse einzurichten ausgeführt, so hätten wir uns den Tag ersparen können. Ein Wort über Zuziehung von Organisationsvertretern. Ich stehe auf diesem Standpunkt. Es bestehen fast aberall Tarifverträge, wobei die Regierung mit den Vorsitzenden der Unternehmer- und Arbeiterverbände sehr zu Nutzen aller verhandelt. Die Gauleiter sollten zugezogen werden, da wird bald die Beunruhigung vermieden. Und zur Frage, daß man hier nach außen spricht: jeder tut das, um nach außen zu wirken, auch Herr Spröte und der Magistrat. Wir müssen das auch, wenn wir hier die Interessen der Arbeiter vertreten. Das ist notwendig, um unseren berechtigten Einfluß ebentuell zu erzwingen.

Stadtv. Hergau hat Vertrauen zum Magistrat für eine spätere Regelung.

Vorsteher: Ich beantrage, die Gesamtpetition zur Erwägung zu überweisen.

Stadtv. Hoffmann: Der Soz. Ausschuß wünscht, den Punkt betr. Teuerungszulage zur Berücksichtigung zu überweisen.

Stadtv. Osterburg: Nicht Erwägung, nein Berücksichtigung aller Punkte müssen wir fordern; ich stelle diesen Antrag.

Stadtv. Gröbel: Eine Einmütigkeit wäre wünschenswert, aber mein Antrag auf Erhöhung der Kinderzulage von 60 auf 90 Pf. ist nötig.

Abstimmung.

Der Antrag Gröbel, die Kinderzulage zu erhöhen, wird abgelehnt; für ihn stimmen nur die fünf Sozialdemokraten sowie die Stadtv. Ritter und Spröte. Angenommen wird der Antrag, eine Erhöhung der Teuerungszulage zur Berücksichtigung, die anderen Wünsche der Petition zur Erwägung zu überweisen.

Vorangegangen waren die Einführung des neuen besoldeten Stadtrats Kinne aus Schöneberg, die Bewilligung eines dritten Dampfkessels für das Gaswerk, die Weitervermietung der Läden im Stadthause, die Gewährung eines Zuschusses für die Kinderpflegerinnenschule, Verteilung der Warenhaussteuer, Erledigung einiger Petitionen.

Sozialdemokratie und Steuerpolitik.

Ueber dieses gegenwärtig so zeitgemäße Thema sprach am Montag abend der Genosse Hennig im Volkspark in einer Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Halle und den Saalkreis. Es war zugleich die Gedenkfeier des 1. Mai — dessen ideale Forderungen der furchtbare Krieg brutal barbarisch zertrümmert hat! —, die die uns zurzeit beherrschenden Kräfte im zweiten Kriegsjahre zugelassen hatte. Genosse Hennig konnte denn auch einleitend seiner Ausführungen den „Fortschritt" gebührend hervorgehoben, der in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß zur Abhaltung einer eigentlichen Maifeier-Versammlung in diesem Jahre eine Erlaubnis nicht zu erhalten war. In etwa 1¾stündiger, klarer und durchsichtiger, mit großem Interesse aufgenommener wirksamer Rede unterzog er dann das ganze kapitalistische Steuersystem einer gründlichen Erörterung, übte an den neuen (indirekten) Kriegssteuern, wie sie die Regierung und die Steuerkommission des Reichstages vorschlagen, vernichtende Kritik und begründete den sozialdemokratischen Standpunkt dazu. Das indirekte Steuersystem bleibe nach wie vor das schändlichste, ungerechteste und verwerflichste aller Steuersysteme, und es sei ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie es auch weiter aufs schärfste bekämpfen müsse. Bei ihrer Steuerpolitik dürfe sich die sozialdemokratische Partei von keinen anderen Gesichtspunkten leiten lassen, als den Interessen der Arbeiterklasse, die mit dem Wohle des Volksganzen gleichbedeutend sind. Steuerkämpfe seien letzten Endes politische Machtkämpfe und als solche mit aller Schärfe von der Partei zu führen. Gerade am ersten Mai sollten wir die Erkenntnis in uns stärken, daß die Arbeiterklasse sich nur durch ihre eigene Kraft und durch die Macht ihrer Organisation aus den Fesseln des kapitalistischen Steuerdrucks und der Lohnsklaverei befreien kann. Nur wenn wir unsere Organisationen mit dem Geiste des Sozialismus erfüllen und in ihm lebendig und schlagkräftig erhalten, ist uns die Zukunft des Sozialismus, der Sieg des freien Menschentums verbürgt und gewiß. In diesem Sinne wollen wir der Arbeitersache und dem Sozialismus besonders in diesen schweren Kriegszeiten die Treue halten! (Lebhafte Zustimmung.)

Auch der Vorsitzende Genosse Heine ermahnte die Versammlung in ernsten und eindringlich anfeuernden Worten zur Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, zum festen Zusammenhalt und zur Wahrung der Einheit und Geschlossenheit der Partei.

Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die Partei gab der gutbesuchten, eindrucksvollen Versammlung einen würdigen Abschluß.

Sammlung der Küchenabfälle.

Bei Schluß der Redaktion geht uns vom Magistrat folgender Aufruf an die Bevölkerung zu:

Die Bewohner der Städte klagen über Milch- und Fleischknappheit. Sie denken aber allzuwenig daran, daß auch sie bei gutem und ernsten Willen dazu beitragen können, diesen Mangel zu lindern! Hunderte von Zentnern wertvoller Küchenabfälle verkommen noch immer ungenutzt in den Städten, obwohl sie als Futtermittel den großen und kleinen Viehhaltern die Aufzucht und Mast erleichtern, den Städtern aber die reichlichere Versorgung mit Milch und Fleisch sichern können. Der erste Versuch der Stadt, die Abfälle im großen zu sammeln, ist bald nach Beginn des Krieges an der mangelnden Erkenntnis der Wichtigkeit des Unternehmens in der Bürgerschaft gescheitert. Inzwischen haben die jedermann fühlbaren Schwierigkeiten in der Milch- und Fleischversorgung sicherlich bei vielen Verständnis und Sinn für die Notwendigkeit geweckt, im vaterländischen und im eigensten Interesse das bisher Versäumte nachzuholen. Die städtische Verwaltung erhofft daher von einem zweiten Versuche besseren Erfolg. Es ist beabsichtigt, die Küchenabfälle regelmäßig in den Häusern abzuholen, sie zur Vermeidung des Verderbens zu trocknen und an Viehhalter zu mäßigen Preisen abzugeben. Voraussetzung des Gelingens ist aber die tatkräftige Mitwirkung aller Bürger, die ihre Abfälle bisher nicht nutzbringend verwerten. Zur Vereinfachung der Organisation wenden wir uns vertrauensvoll an die Hausbesitzer unserer Stadt. Wir bitten diese hierdurch dringend, alsbald durch Umfrage bei ihren Mietern festzustellen, wer von ihnen bereit ist, seine Küchenabfälle — ohne Beimischung von Knochen, Papier, Asche, Kehricht und sonstigen Verunreinigungen — dem städtischen Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Wir bitten sie ferner, in jedem Hause einen geeignete Person zu ermitteln, die sich verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Abfälle des betreffenden Hauses in einem Behälter gesammelt und an dem bekanntgegebenen Abholungstage pünktlich bereit gestellt werden. Wir bitten, diese Feststellungen sobald als möglich zu treffen und der Brotmarkenausgabestelle des Bezirks, in dem das betreffende Haus liegt, die Zahl der Familien, die ihre Abfälle zur Verfügung stellen wollen, den Namen desjenigen Bewohners des Hauses, der die Sammlung und rechtzeitige Bereitstellung der Abfälle übernimmt, sowie den Ort, an dem die Abfälle zur Abholung bereitstehen, mitzuteilen. Für behinderte Hausbesitzer könnte ein Hausbewohner, der Interesse an der Förderung des Unternehmens hat, die nötigen Feststellungen und die Mitteilung an die bezeichnete Stelle übernehmen. Viehhalter aus Halle und Umgegend, die bereit sind, die getrockneten Küchenabfälle abzunehmen, werden ersucht, dem Magistrat, Teuerungs-Deputation, mitzuteilen, welche Mengen sie monatlich abnehmen würden. Von einer

Paul Leuschner, Halle a. d. S., F.
Zigarren- und Zigaretten-Versand,
Hauptgeschäft Mittelwache 9-10. Fernruf 2087. Zweiggeschäft Harz 50.
Engros-Vertrieb der Zigaretten-Fabriken **Yenidze, Eckstein, Manoli, Union, Reunion etc.**
Zigarren nur erster Firmen.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. — Versand nach auswärts

Flaschengefäße, dauerhaft, billigst. Gr. Klausstraße 12. Zander. *26
Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlung. 166

Möbel jeder Art empfiehlt preiswert **G. Schaible, Möbelfabrik,** Gr. Märkerstraße 26

Keine Wanze mehr für 1.25 Mk.
nur mit **Nicodal I** und **II** zu erreichen. 10 Jahre Garantie für die mit Nicodal II behandelten Gegenstände. Die Nicodalbehandlung ist verblüffend einfach. (Nach beliegender Anleitung).
Jetzige Zeit die beste zur Vorbeugung für diesen Sommer.
Alleinige Verkaufsstelle: **C. Kuhnt, Germania-Drogerie,** Große Ulrichstraße 51. **Bei Einsendung von 1.50 Mark portofreie Zusendung nach auswärts.** *66

Kursbücher empfiehlt die **Volksbuchhandlung, Halle (S.), Harz 42/44.**

Erdal
anerkannt bester *139
Wachs-Lederputz ohne üblen Geruch!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191605 02-13/fragment/page=0003

genügenden Zahl von Anmeldungen von beiden Seiten wird es abhängen, ob die Stadt ihre Absicht verwirklichen kann.

Wir rufen daher unsere ganze Bürgerschaft zu tatkräftiger Hilfe bei diesem Werke auf! Jeder, der dabei hilft, nützt sich selbst und hilft dem Vaterlande!

---

* **Zu den Einberufungen** aus der Redaktion des Hallischen Volksblattes, über die wir gestern berichteten, ist mitzuteilen, daß Genosse Koenen als überzählig noch nicht einzurücken braucht. Sein Gestellungsbefehl wurde wieder aufgehoben.

* **Volkspark.** Die im vorigen Jahr so beliebten Mittwoch-Nachmittags-Freikonzerte werden auch für dieses Jahr wieder eingeführt. Das erste dieser Konzerte findet morgen, Mittwoch, nachmittag statt.

* **Städtische Heringe!** Der bisherige Vorrat ist, wie mitgeteilt wird, ausverkauft. In den nächsten Tagen trifft noch eine kleine Menge ein, der Preis stellt sich diesmal bei der Tonne um 3 Mk. höher, also auf 141 Mk. Käufer wollen sich an die Firma Hensel u. Haenert, Aktiengesellschaft, Halle (S.), wenden. Die Verkaufspreise stellen sich im Kleinhandel für kleine 17 Pfennig; prima 21 Pfennig; Suhwior 24 Pfennig.

* **Zuckervorräte anmelden.** Der Magistrat macht darauf aufmerksam, daß augenscheinlich zahlreiche Haushaltungen die Anmeldung ihrer Zuckervorräte gemäß der Bundesratsverordnung noch nicht erstattet haben. Diese Haushaltungen werden hierdurch dringend aufgefordert, zur Vermeidung von Nachteilen das Versäumte alsbald nachzuholen.

* **Zur Anmeldung der Kaffee- und Teevorräte.** Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die gesetzliche Pflicht zur Anmeldung aller Kaffee- und Teevorräte in zahlreichen Fällen noch nicht erfüllt worden ist, obgleich die Unterlassung der Anmeldung mit strengster Strafe bedroht ist. Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel, G. m. b. H., Berlin W. 9, Bellevuestraße 14, erinnert deshalb wiederholt an diese alle Beteiligten obliegende Verpflichtung. Anmeldepflichtig sind: bei Kaffee Mengen von 10 Kilogramm und mehr; bei Tee Mengen von 5 Kilogramm und mehr.

* **Einkochkurse,** veranstaltet vom Bunde zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft, werden Ende dieses Monats beginnen. Anmeldungen von Schülerinnen und Lehrerinnen werden täglich in der Geschäftsstelle des Bundes (Physiologisches Institut, Magdeburger Straße 21, Sprechstunden 9—1, 3—6) entgegen genommen.

* **Stärkerer Wildabschuß.** Um einen stärkeren Rehabschuß zu ermöglichen, hat der Landwirtschaftsminister die Bezirksausschüsse aufgefordert, den Schluß der Schonzeit für Rehböcke überall da, wo keine besonderen örtlichen Gründe entgegenstehen, schon auf den 30. April festzusetzen. Der zeitige Beginn der Jagd auf Rehböcke wird auch zur Verminderung des Wildschadens beitragen.

* **Vernichtung der Maikäfer.** Die Zeit der Maikäfer naht wieder heran, und da sie an Bäumen und Sträuchern großen Schaden anrichten können, ist es angezeigt, den Kampf gegen sie aufzunehmen. Am erfolgreichsten geschieht das durch Herunterschütteln und Auffammeln. Die Maikäfer sind ein ganz vortreffliches Futter für die Hühner; man tötet die Käfer, indem man sie in siedendes Wasser hineinwirft.

* **Was mit der Post nicht versandt werden darf.** Neuerdings werden vielfach Fläschchen mit Essigessenz — 80prozentiger Essigsäure — ins Feld geschickt. Diese Säure gehört zu den ätzenden Flüssigkeiten, die nach der Postordnung zur Postbeförderung nicht zugelassen sind. Gleichzeitig wird aus Anlaß zahlreicher, in letzter Zeit festgestellter Zuwiderhandlungen daran erinnert, daß auch Kalziumkarbid wegen seiner Feuergefährlichkeit mit der Post nicht versandt werden darf. Eine Uebertretung dieses Versendungsverbotes würde strafgerichtliche Verfolgung nach sich ziehen.

* **Die Einnahmen der städtischen Straßenbahn** betrugen im April 63 414,55 Mk., im April des Vorjahres 51 642,80 Mk., also mehr 11 771,75 Mk. Insgesamt waren die Einnahmen in der Zeit vom Januar bis April um 39 155,35 Mk. höher als im Vorjahre.

* **Die A. E. G. Stadtbahn Halle nahm an Fahrgeld ein:** vom 1. bis 30. April 103 632,70 Mk., vom 1. bis 30. April 1915 86 424,30 Mk., mehr 17 208,40 Mk., vom 1. Januar 1916 bis 30. April 1916 377 046,60 Mk., vom 1. Januar 1915 bis 30. April 1915 330 012,65 Mk., mehr 1916: 47 033,95 Mk.

* **Zum Rektor der Universität** für das am 12. Juli d. J. beginnende neue Amtsjahr ist der ordentliche Professor in der medizinischen Fakultät Geheimer Medizinalrat Dr. Dr. Adolf Schmidt gewählt worden.

* **Im Stadttheater geht, wie bereits mitgeteilt, am Mittwoch,** den 3. Mai, als Sondervorstellung zu wohltätigen Zwecken die Posse Robert und Bertram in Szene. Die Spielleitung liegt in den Händen des Herrn Paul Förster, die musikalische Leitung hat Herr Kapellmeister Karl Nöhren. An den Solovorträgen im 3. Akt werden sich die Herren Kammersänger Sträk und Kerzmann, sowie Frau Mahlendorf durch Gesangsvorträge mit Orchester beteiligen, während Fräulein Dora Hansen ein Harfensolo zum Vortrage bringen wird, und auch die Ballettkunst wird vertreten sein durch die Ballettmeisterin und Solotänzerin Fräulein A. Peters. Die Preise für diese Vorstellung sind bedeutend ermäßigt. Karten sind an der Tageskasse des Stadttheaters von 10 bis 1 Uhr und eine halbe Stunde vor Beginn der Vorstellung zu haben.

* **Wegen umfangreicher Betrügereien** ist in Leipzig der Arbeiter Ernst Otto Bauer, geb. am 22. 6. 1886 in Zschippach, festgenommen worden. Er knüpfte in Gastwirtschaften, auf der Bahn oder in Wohnungen Bekanntschaften an, und ließ durchblicken, daß er in der Lage sei, Butter, Speck, Kartoffeln oder sonstige Lebensmittel zu beschaffen. In der Regel ließ er sich eine Anzahlung geben, um die mit der Bahn eingegangene Ware einlösen zu können, verschwand dann aber auf Nimmerwiedersehen. Nach seiner Angabe will er auch in Halle im vergangenen Winter gleiche Betrügereien ausgeführt haben. Die Geschädigten werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 20 oder 24, zu melden.

* **Gestohlenes Barometer.** Bei einer Durchsuchung wurde ein rundes Barometer mit braungelbem Holz und der Aufschrift Optische Zentrale, Halle a. S. gefunden. Der Täter gibt an, das Barometer in der chirurg. Klinik, wo es im Wartesaal in Zeitungspapier eingewickelt in einem Fenster gelegen habe, gestohlen zu haben. Der Eigentümer wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 24, zu melden.

Radewell. Opfer der Arbeit. Der dieser Tage am Bagger des Tagebaues Grube von der Heydt durch plötzliches Einstürzen von Erdmassen verunglückte Arbeiter ist jetzt im Hallischen Bergmannstrost seinen schweren Verletzungen erlegen.

Walhalla-Theater

Anfang ½9 Uhr. 436

Heute, Dienstag, zum 2. Male:

„Die spanische Fliege"

Schwank in 3 Akten von K. Arnold und Ernst Bach.

Grösster Lustspielschlager! In Berlin 200 Aufführungen.

Volkspark Burgstr. 27.

Mittwoch, 3. Mai, nachmittags:

Frei-Konzert.

Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein

432 Die Geschäftsleitung.

Neue Kapelle! **Oberpollinger** Neue Kapelle!

Jägergasse 1. Ecke Gr. Ulrichstr.

Täglich **grosse Künstler-Konzerte** 8 Damen, 2 Herren.

Eintritt Wochentags frei!

Ergebenst ladet ein 35 Frau Elsa Beth.

Pfälzer Schlossgraben

im grossen Konzertgarten täglich: 425

Grosse patriotische Musik-Konzerte.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

Billige Damen- und Kinder-Hüte

kaufen Sie jetzt bei 435

A. Schultz, Geiststr. 3, I,

früher Adler-Apotheke.

Kein Laden, deshalb extra billige Preise.

Blumen, Bänder, Straußfedern, Reiher, große Auswahl.

Bestellungen

zur Anlieferung von Briketts für den Hausbedarf wolle man sofort in den Verkaufsstellen abgeben. Die Bedingungen der Lieferung liegen daselbst aus. Wir bitten von diesem Angebot regen Gebrauch machen zu wollen und Bestellungen recht bald aufzugeben, da sonst eine rechtzeitige Lieferung nicht gewährleistet werden kann. *144

Konsum-Verein für Wittenberg u. Umgegend,

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

*142

Einige

Ringofen-Arbeiter

sofort gesucht.

Otto Nordmann, Dampfziegelei Nietleben.

Hall. Genossenschafts-Buchdruckerei

(e. G. m. b. H.)

Halle a. d. S. Harz 42-44

empfiehlt sich Verbänden, Vereinen und Privaten zur Herstellung aller Arten von

Druckarbeiten

unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung, bei zivilen Preisen

440

Fahrräder, Nähmaschinen

u. Pfandscheine kauft z. hoh. Preisen 438

H. Schindler, Kl. Ulrichstr. 35.

Wasch-Garnituren 434

moderne Dekore, 5 teilig

7⁵⁰ 6⁵⁰ 4⁵⁰ 3⁹⁵ 2⁹⁵ 1⁹⁵

Haus u. Herd,

Leipzigerstrasse 86.

10 gebr. Fahrräder, wenn a. defekt, kauft und zahlt hohe Preise Mohr, Brüderstr. 12 I, Tel. 3730. [*136

Blumen-

Giesskannen,

gute Ausführung,

439 sehr billig.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des R.-Sp.-Vereins.

Arbeitsmarkt

O. Heimsath u. Sohn

Schneidermeister

Steg 19. Steg 19.

empfehlen sich in allen, in ihrem Fach vorkommenden

Arbeiten.

Auch

Damenkostüme

werden sauber und billig angefertigt. D O.

239

Schweißer (militärfrei)

für autogenes Schweißen u. Schneiden zu sofortigem Antritt für dauernd gesucht. *141

Eisenwerk Gerlach,

Nordhausen.

Stadt-Theater.

Mittwoch, 3. Mai 1916,

Anfang 8 Uhr, Ende gegen 11 Uhr.

Ermäßigte Preise!

Sonder-Vorstellung für die Wohlfahrtskassen der Deutschen Bühnengenossenschaft und des Deutschen Bühnenvereins: 430

Robert u. Bertram

oder Die lustigen Vagabunden,

Posse m. Gesang u. Tanz v. G. Raeder.

Im dritten Bild Konzerteinlagen.

Astoria-

Lichtspielhaus.

Mittwoch, Donnerstag

grosse 438

Jugend- u. Familien-Vorstellungen.

Erstklass. Programm.

3—6 Uhr

Zu kaufen

sucht das Physiologische Institut der Universität, Magdeburgerstraße 21, 431

Frosch- u. Krötenlaich

sowie **Kaulquappen.**

Siegreich

brennende

Kriegs-**Zigarren**

in Feldpostbriefen

(fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei)

empfiehlt in bekannter Güte

J. Sanow

Nachf. (H. Spengler),

Geiststrasse 5. †

Gold. Klemmer Sonntag abend Poststr. verloren. Geg. Belohn. abzugeben Gr. Steinstr. 12, III. [*143

Preis-Musterbuch

grösste Auswahl in Straussfedern und Reiher versende umsonst u. postfrei.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen echten

Straussfedern

alle fertig zum Selbstaufstecken, es ist dies der feinste Hutputz, im Winter wie im Sommer immer modern, sehr elegant und vornehm. Ein

echter Straussfedernhut

findet überall die größte Bewunderung.

Ich liefere echte Straussfedern unter Nachnahme in tiefschwarz u. schneeweiss:

Länge ca 36 cm, Breite ca. 13 cm, zu 1.50 Mk.

„ „ 39 „ „ „ 14 „ „ 2.50 „

„ „ 45 „ „ „ 16 „ „ 4.50 „

Zurücknahme nach 8 tägiger Probe.

*140

Ernst Lange, Straussfedern-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Arnoldstr. 21 a

Kein Ladengeschäft. Versand direkt an Private!

Achtung, Hausfrauen!

Zahle für wollene Strumpfabfälle

höchste Tagespreise,

sowie f. Lumpen, Metalle, Knochen und Eisen höchste Preise; hole auf Wunsch auch selber ab. 337

Zahle auch für gebr. Säcke jeder Art höchste Tagespreise.

Paul Günther, Taubenstr. 3, Hof hinten links.

Grüne 439

Blumenkästen

1.00 1.35 1.60 M.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Mitglied des R.-Sp.-Vereins.

Vereins-Anzeiger.

An die Vereins-Vorstände!

Die Veröffentlichung nachstehender Veranstaltungen erfolgt wöchentlich. Jahresbeitrag 5 Mk. pro Zeile.

Da infolge des Kriegszustandes die Veranstaltungen nicht mehr regelmäßig stattfinden, ersuchen wir die Vorstände, uns sofort die Veranstaltungen für die nächste Zeit mitzuteilen.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.

Sonntag den 7. Mai:

Ausflug

nach Closchwitz in die Baumblüte. Abfahrt: mittags 1 Uhr vom Hettstedter Bahnhof.

Das Fahrgeld für die aktiven und passiven Mitglieder sowie für die Kriegerfrauen wird aus der Vereinskasse gezahlt.

Frauen- u. Mädchenchor. Dienstag 9. Mai um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"

Turnstunden: Turnhalle Oberrealschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.

Touristen-Ver. „Naturfreunde." Sonntag den 7. Mai: Tagestour nach der Rudelsburg. Abfahrt vom Hauptbahnhof: 5.33. Fahrkosten: 1.80 M.

Heute, abends 9 Uhr, im Volkspark: Versammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität".

Sonntag den 7. Mai: Ausfahrt nach Merseburg. Abfahrt: früh 7 Uhr vom Gasthof drei Könige.

Merseburg.

Arbeiter-Radfahrer. Sonntag nach dem 15. jeden Monats, nachmittags 4 Uhr, bei Ebeling, Saalstr.: Versammlung.

Familien-Nachrichten.

Unsere gute, liebevolle, jüngste Tochter u. Schwester

Martha Voss,

wurde heute früh 3 Uhr durch den Tod von einer wochenlangen, schweren Krankheit erlöst. Sie starb im 11. Lebensjahre. Trauernd stehen wir an der Bahre der uns unvergesslichen Toten.

Wir beehren uns, dies allen Verwandten, Freunden und Bekannten mit der Bitte um stilles Beileid anzuzeigen.

Halle a. d. S., 2. Mai 1916.

Otto Voss u. Frau

nebst Kindern.

Die Einäscherung findet am Freitag, 5. Mai, im Krematorium auf dem Gertrauden-Friedhof, nachmittags 5 Uhr, statt. 437

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160502-13/fragment/page=0004

Halle, 2. Mai.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 102 — 1916

Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schücking.

„Auf mich? Und wie wußtet Ihr, daß ich heute hierher kommen würde, Berend?"

Die wasserblauen Augen des Mannes glänzten heller auf von einem eigentümlichen Lächeln.

„Ich wußte, daß Ihr kommen würdet, nach Eurem Eigen zu schauen!"

„Nach meinem Eigen? Was versteht Ihr darunter, Berend?"

„Darunter versteh' ich die Rheider Burg; es ist kein Winkel und kein Eckchen in dem alten Hause, von dem Ihr nicht mit Euern Gedanken längst Besitz genommen hättet, Mamsell Sibylle. Aus Tür und Tor habt Ihr die drei Spähne geschnitten und auf dem Herde habt Ihr Feuer angemacht, alles in Euern Gedanken, heißt das, wie eine rechte neue Herrschaft."

Sibylle zuckte die Achseln.

„Ihr irrt Euch, Berend," antwortete sie kaltblütig. „Es ist wahr, daß mein Vater einmal daran gedacht hat, die Rheider Burg anzukaufen. Es war dazumal, als er den Prozeß mit dem seligen Huckarde gehabt hatte und der alte Herr plötzlich ein so schreckliches Ende nahm . . ."

„Ich weiß es," sagte Berend, „er wollte sie kaufen dazumal . . ."

„Er dachte daran," fiel Sibylle ein, „damit solche Streitigkeiten zwischen Hammer und Burg nie wiederkommen könnten. Da aber die Landesherrschaft die Burg an sich nahm, ist diese jetzt in sichern und festen Händen, und was den Prozeß angeht, so ist der auch tot und kann nie wieder aufleben. Wie sollten wir noch daran denken, die Burg zu kaufen!"

„Nun," versetzte Berend mit eigentümlich listigem Zwinkern der Augen, „daß Euer Vater dazumal sie nicht bekam, das war desto besser für ihn. Wer weiß, was die Leute gesagt hätten!"

„Und was hätten sie sagen sollen, die Leute?"

„Wir wollen die Toten und geschehene Dinge ruhen lassen, Mamsell Sibylle. Was aber kommen soll, das wird kommen. Ihr habt recht, daß Ihr's nicht jedem ersten besten in die Ohren hängt, was Ihr vorhabt. Es gehören schöne Waldungen zum Hause; unten die langen zweischürigen Wiesen sind auch was wert, und die Ackerländereien bringen ihre fünf Taler Pacht der Scheffel."

Sibylle Ritterhausen zuckte abermals die Achseln.

„Ist das alles, was Ihr mir sagen wolltet — habt Ihr deshalb auf mich gewartet, Berend?" sagte sie, sich zum Weitergehen wendend.

„Nein, Mamsell Sibylle," antwortete der Mann mit einem pfiffigen Augenblinzeln. „Ich weiß es, daß es Euch nicht um die Pacht und nicht um die Wiesen zu tun ist, wenn Ihr Euer Auge gerichtet haltet auf die Rheider Burg wie ein Falke auf ein Wasserhuhn, das noch im dicken Schilfe steckt, aber einmal doch daraus hervorkommen wird — und dann wird der Falke bei der Hand sein! Ja, ja, Ihr sollt sie auch haben, die Burg — denkt daran, daß Spielberend es Euch gesagt hat; aber es ist eine Leiche im Haus, die muß erst hinaus."

„Eine Leiche? Ist das nun Euer Ernst, Spielberend, oder wollt Ihr mich ängstigen mit Euern Schauergeschichten?"

„Euch änstigen? Wie soll ich Euch ängstigen wollen? Seid Ihr so schreckhafter Natur, daß man Euch mit Lügen angst machen könnte? Es ist auch nichts dabei, weshalb Ihr erschrecken solltet. Die Leiche, die hinausgetragen werden muß, ehe die Rheider Burg Euer Eigen wird, geht Sibylle Ritterhausen nichts an."

„Ist es der alte Claus?" sagte das Mädchen, das offenbar stutzig geworden war, flüsternd.

Spielberend schüttelte den Kopf. „Die alte Hauseule, der Claus? der ist es nicht. Es sind große Wappen an dem Sarge."

Sibylle erblaßte und fuhr mit der Hand zum Herzen.

„Habt Ihr die Wappen gesehen, Berend?" fragte sie, wie in höchster Spannung.

„Ich habe sie gesehen; es waren große Wappen mit einer roten Krone darüber."

„Mit einer roten Krone?" fragte das junge Mädchen, erleichtert aufatmend. „Rote Kronen tragen nur Fürsten."

„Das weiß ich nicht. Ihr mögt recht haben oder nicht . . . Ich weiß nur, was ich gesehen habe."

Sibylle Ritterhausen schaute den Spielmann eine Zeitlang nachdenklich an.

„Ihr seid ein schlimmer Geselle, Spielberend," sagte sie dann. „Es ist wahr, daß Ihr . . ."

„Mehr könnt als Brot essen, wollt Ihr sagen, Mamsell," fiel der Mann ein, Sibylle mit einem schlauen Seitenblick streifend, und dann wieder, wie gewöhnlich, unsteten Blickes ihr Auge vermeidend.

„Aber," fuhr Sibylle fort, „es ist auch ebenso wahr, daß Ihr lügen könnt wie der Lügenschuster Matthias, Euer guter Freund, und darum weiß man nie, ob man Euch trauen soll oder nicht. Was Ihr jetzt sagt, lautet nun vollends so wie eine von Euren Aufschneidereien. Auf der Rheider Burg lebt niemand als der alte Hausmeister Cleus, und wenn sie einst den hinaustragen, die Füße voran, so werden sie keine Wappen mit Fürstenkronen an seinen Sarg heften!"

Spielberend lächelte wieder.

„Wer weiß es! In Düsseldorf ist auch ein Mann, der ist nicht besserer Leute Kind wie der alte Claus Fettzünsler; ein Schenkwirtssohn, hab' ich mir sagen lassen. Und doch, wenn er begraben wird, so soll einer die roten und goldenen Kronen sehen, die sie an seinen Sarg machen werden!"

„Habt Ihr das etwa auch gesehen, Spielberend?"

„Nein, das habe ich nicht gesehen, Mamsell Sibylle — ich weiß nichts davon! Er hat ein gutes Leben dort, im Schlosse unserer alten Herzoge; und wenn Frau Jakobäa von Baden, die da spuken geht, ihm nicht etwa den Hals umdreht — sie muß es ja an sich selber gelernt haben, wie man's macht — dann wird er ans Sterben noch lange nicht denken!"

„Ihr seid eigentlich ein greulicher Mensch, Spielberend," sagte das junge Mädchen, sich auf einen Baumstamm niedersetzend, der dem Mauerstück, auf welchem der Spielmann saß, gegenüber lag — „man hat kaum eine Viertelstunde mit Euch geredet und Ihr habt jedesmal schon so viel von Sterben, Leichen und Särgen vorgebracht, daß einem ganz schaurig zumute wird!"

Spielberend antwortete nicht. Er griff nach seiner Geige, riß die Hülle herab und spielte mit großer Gewandheit ein paar Läufe darauf, ein Stück aus einer lustigen Tanzmelodie; mit einem schreienden, kreischenden, tief disharmonischen Tone hörte er plötzlich auf.

„Nun ist's fort!" sagte er dann. „Darum bin ich ein Spielmann geworden. Wer Augen hat wie ich, der muß sich danach einrichten, daß ihm das Leben ein Spaß wird, und daß, wo er geht und steht, um ihn herum fröhliche Kameraden kommen. Ja, es ist ein gutes, freisames Handwerk, ein wandernder Spielmann sein. Man weiß doch, daß man lebt. Hat nicht Kind noch Kegel. Heute hier und morgen dort. Wo man kommt, da ist Kirmes. Und die Lebsucht ist gut im Land der Berge. Gar manche lange Nacht bringt man flott herum. Habe ich die Geige am Hals und den Fidelbogen in der Hand und um mich her das lustige Hallo — dann sitze ich fest, und ich bin stärker als die sind, die mich heraus haben wollen vor die Tür, an den Kreuzweg, auf die Heide. Mögen sie locken und rufen wie sie wollen, draußen im Mondschein — sie bekommen mich nicht! Ich weiß es schon, was da vorgeht draußen; was daherkommt den Dorfweg entlang, mit einem schwarzen Kreuz voran und einer Reihe schwarzer Leute hinterher. Sie wollen mich heraus haben, daß ich's sehen soll. Ich meine, ich habe die Nachtmär auf der Brust liegen, von Unruhe und schwerem Atem. Aber ich tu's nicht. Ich tu's partout nicht. Ich bleibe sitzen wie angeleimt auf der Bühn' und streiche die alte Geige, daß die Gläser klirren; daß die Bauernjungen stampfen und die Dirnen kreischen vor Vergnügen; ich streiche, bis ich umfalle vor Müdigkeit in dem Staub und dem Qualm der Talgkerzen und der Hitze, und dann, dann ist's vorüber. Ja, Mamsell Sibylle, so ist's! Und darum: Vivat, es lebe die Geige!"

(Fortsetzung folgt.)

Die Obstbaumblüte.

Nur auf wenige Wochen beschränkt ist die Zeit der Obstbaumblüte, für den Naturfreund doch eine der schönsten im ganzen Jahre. Für den Gärtner wohl auch die wichtigste, denn von ihrem Verlauf hängt in erster Linie der Erfolg seiner Mühen, Beschaffenheit und Ertrag der Ernte ab.

Die Blütezeit unserer meisten Obstbäume liegt zwischen April und Mai. Verhältnismäßig früh blühend ist der Pfirsich. Von den Griechen schon im vierten Jahrhundert vor Christi nach Europa gebracht, hat er sich noch immer nicht recht unserm rauhen Klima angepaßt und verlangt viel Wärme und Windschutz, so daß man ihn am Spalier noch am sichersten fortbringt, wo seine rosenroten Blüten auch prächtig wirken. Ein ausgesprochener Frühblüher ist auch die ebenfalls aus dem Orient stammende Aprikose, deren rötlich behauchte Blüten oft schon im März herauskommen, leider aber wie auch die Frucht selbst sehr empfindlich sind und deshalb gleich dem Pfirsich am besten an geschützter Stelle oder als Spalierobst gepflanzt werden sollen. Ihr nahe verwandt ist die grünlichweiß schimmernd blühende Pflaume. Von ihren Grundformen, den Kriechen- oder Hoferpflaumen, den Reineclauden, den Mirabellen und den Zwetschgen oder eigentlichen Pflaumen, sind die letztgenannten wohl die am häufigsten gepflanzten Sorten. Da sie ursprünglich aus Turkestan stammen, also einem Lande, das auch rauhe Temperaturen kennt, so sind sie wenigger empfindlich, doch sehr wasserbedürftig.

April und Mai bringen uns ferner die Kirschblüte. Ueber und über mit rein weißen Blütenbüscheln bedeckt, bietet der blühende Kirschbaum einen Anblick, der an Schönheit seinesgleichen sucht. Sowohl die Süßkirsche wie auch die Sauerkirsche stammen aus Asien; doch ist die Süßkirsche schon in vorhistorischen Zeiten zu uns gekommen — man fand in Pfahlbauresten Kirschkerne, während die Sauerkirsche viel später, erst durch die Griechen, nach Europa gebracht wurde. Wild wachsende Süßkirschbäume trifft man bisweilen in Gebirgswäldern an, wo die Bäume bis 18 Meter hoch werden können. Und ebenso, aber seltener, wild wachsende Sauerkirschen. Die Kirschblüte ist nicht übermäßig empfindlich; doch verträgt der Baum keine starke Nässe und gedeiht daher im trockenen Frühsommer am besten.

Im April beginnt auch die Birne ihre großen, schneeweißen mit roten Staubbeuteln gefüllten Blüten aufzuschließen. Kultiviert und gezüchtet wird bei uns die Birne schon seit dem frühesten Mittelalter, und zwar aus ihrer Stammform, dem Holzbirnbaum, der als dorniger Strauch oder Baum manchmal in Wäldern zu finden ist. Sehr empfindlich in Bezug auf die Bodenbeschaffenheit wie gegen Kälte und Nässe, ist die Edelbirnblüte gewöhnlich ein Sorgenkind für den Gärtner. Unsere älteste Kulturfrucht, der schon vor Jahrtausenden so gut wie heute bekannte und geschätzte Apfel, blüht meist erst im Mai; obgleich der Birne nahe verwandt, ist er doch viel weniger empfindlich als sie, und seine rosa Blütenbüschel sind bedeutend widerstandsfähiger gegen Kälte. Die unendlich vielen Apfelsorten, die heute unsere Märkte füllen, entstammen alle einer Veredelung des Holzapfelbaumes, der in Südeuropa oft ganze Wälder bildet, bei uns indes auch, allerdings etwas seltener, anzutreffen ist.

Die Zeit der Obstbaumblüte ist sehr wichtig für die künstliche Bildung neuer Obstsorten auf dem Wege der Uebertragung des Blütenstaubes einer Sorte auf die andere, d. h. für die sogenannte Bastardierung zweier verschiedener Sorten, für den Gärtner ein schwieriges, aber um so interessanteres Stück Arbeit. Man überträgt mit einem feinen Pinsel den Blütenstaub auf die Narbe einer anderen und wartet nun das Ergebnis ab, das zuweilen viel feinere Früchte als die beiden gekreuzten Arten liefert, aber auch nicht ausschließt, daß man damit gerade das Gegenteil erzielt, so daß die Bastardierung selbst für den Kundigen gewöhnlich eine Art Zufallsspiel darzustellen pflegt. In der Regel erfolgt die Bestäubung der Blüten durch Insekten, hauptsächlich Bienen. Bleiben diese ausnahmsweise einmal fort, so hat die Natur vielen Blüten noch den Ausweg der Selbstbestäubung offen gelassen, die auch oft genug erfolgt, indem sich die Staubbeutel leicht krümmen und den Pollen auf die eigene Narbe fallen lassen. Für die Güte der Frucht ist die Fremdbestäubung allerdings wertvoller. Endlich gibt es auch noch Obstsorten, deren Blüten überhaupt keiner Bestäubung bedürfen und dennoch wohlschmeckende Früchte liefern. Diese Jungfernfrüchtigkeit, wie man die Erscheinung nennt, zeigt sich, den neueren Untersuchungen nach, wie denn die Arbeiten auf diesem Gebiete überhaupt erst jüngsten Datums sind, bei Birnen häufiger als bei Aepfeln, auch bei Weinreben und Feigen, und sie hat den Vorteil, daß die Fruchtkerne hohl sind und bei geeigneter Kultivierung auch ganz zum Verschwinden gebracht werden können, was natürlich den Wert der betreffenden Früchte wesentlich erhöht.

Das Scheusal Mode.

Aus dem 1. Aprilheft des Deutschen Willens (Kunstwart):

Deutsche Mode? Nein, davon reden nur noch unverbesserliche Ideologen. Es gibt nur eine Mode: die internationale. Es fragt sich nur, wo sie entsteht. Ihr Brunnquell war bisher Paris. Wir wünschen, daß er in Zukunft in Deutschland oder wenigstens in Mitteleuropa sprudeln möge. Berlin, Wien, Frankfurt bearbeiten daher eifrig ihre Böden mit der Wünschelrute.

Wir stellen an diese internationale Mode deutscher Fabrikation keine Anforderungen der Vernunft, der Hygiene, des reinen Geschmacks. Das Scheusal Mode wird geistigeren Ansprüchen allezeit unzugänglich bleiben. Es kann wohl edle und vernünftige Kleidung, nie aber edle und vernünftige Mode geben. Jene wird stets Sache selbständiger und vorurteilsfreier Frauen bleiben, die Mode aber wird stets das Herdenglück der Hunderttausende bilden.

Hiermit glauben wir den Modemachern alles zugestanden zu haben, was sie nur wünschen können. Wir fordern weder Hygiene noch Sittlichkeit noch Geschmack von ihnen. Und doch finden wir die Mode, die sie jetzt eben gemacht haben, skandalös.

Nicht weil sie häßlich ist -- man gewöhnt sich bekanntlich an alles. Nicht weil sie mit hohen Hacken und hohen Halskragen unhygienisch ist — es ist selbstverständlich, daß man sich den Hals, nachdem man ihn eine Weile bloß getragen, wieder einpackt. Wir wollen niemanden mit unserer persönlichen Vernunft und unserm besonderen Geschmack behelligen. Aber die neue Mode ist volkswirtschaftlich unverantwortlich.

Wir leben nämlich, meine Damen, wie Ihnen eigentlich bekannt sein sollte, in einem Abschnitt der Weltgeschichte, dessen Hauptkennzeichen nicht nur der Krieg, sondern der Wirtschaftskrieg ist. Wir müssen sogar mit der Möglichkeit rechnen, daß der Krieg gar nicht auf dem üblichen militärischen, sondern auf wirtschaftlichem Wege entschieden wird. Engländer und Deutsche müssen nicht nur um die Wette Granaten fabrizieren und Schife bauen, sie müssen auch um die Wette sparen. Der Staat, der Kaiser, jeder Bürger, jeder Arbeiter muß sparen. Auch jede Frau. Mimi, die holdselige Verkäuferin aus dem Warenhaus, Fanny, das „süße Mädel", dem sie verkauft, und sogar Frau Kommerzienrat, ihre Mutter, nicht ausgeschlossen. Also verlangt das volkswirtschaftliche Gewissen, daß man eine Mode einbürgere, die erstens möglichst an Stoffen spart, vor allem an knapp werdenden Stoffen, und die zweitens den ärmeren Volksschichten, die sich trotz ihrer Dürftigkeit doch der „Mode" nicht entziehen können, nicht unnütz Geld aus den Taschen lockt. Wenigstens wäre das alte Ziel anzustreben.

In Wirklichkeit hat man das Entgegengesetzte angestrebt. Man hat uns eine ausgesprochen verschwenderische Mode beschert. Jedes weibliche Wesen soll zu einem wandelnden Zeugballen gemacht werden. Nur die Füße läßt man frei. Warum? Damit die Frauen gezwungen sind, elegante Stiefel zu zeigen. In der Zeit der Wolleteuerung stopft man in jedes Kleid Stoff für drei, in der Zeit der Lederteuerung sucht man die Frauen zu zwingen, hohe Lederstiefel zu tragen. Man muß denen, die für die Mode verantwortlich sind, den schweren Vorwurf machen, daß sie sich keinen Deut um die Gesamtheit und das Gesamtwohl gekümmert, sondern daß sie nur an ihre Geschäfte gedacht haben. Aus der Fratze dieser Mode blickt uns der freche, kalte Mammonismus an, dem alles gleichgültig ist, außer der Unternehmer-Klasse. Darum ist diese Mode nicht bloß häßlich, wie die meisten früheren Moden auch waren, sondern im innersten gemein und niederträchtig.

Kein Wunder, daß hier und da ein Generalkommando, zunächst väterlich warnend, gegen die neue Mode auftritt. Jeder wird es in Ordnung finden, wenn bald möglichst durch militärischen Machtspruch der Stoff- und Lederverschwendung ein plötzliches Ende bereitet wird. Es scheint, anders tun wir's nicht. Es scheint, das volkswirtschaftliche Verantwortungsgefühl der Frauenwelt selbst setzt sich nicht durch. Unsere (bürgerliche. D. R.) „Frauenbewegung" will unsere Frauen zu verantwortungsbewußten Gliedern der Staats- und Volksgemeinschaft erziehen. Von Aufklärung und Protest von dieser Seite haben wir aber bis jetzt noch nichts gehört.

Kleines Feuilleton.

„Verdun kaputt."

Ein vor Verdun kämpfender Parteigenosse schreibt uns: Wenn man im Kriege nicht an Ueberraschungen und sonstige, oft heitere Momente gewöhnt wäre, man würde aus dem Staunen nicht herauskommen. Für diese Behauptung mag der folgende drollige, aber auch zugleich tiefsinnige Vorgang, der sich in den heißen Kämpfen bei Verdun ereignete, Zeugnis ablegen: Durch ein fast zwei Tage langes Trommelfeuer unserer schweren Artillerie wurden die französischen Gräben „sturmreif" gemacht. Als die vorher genau gestellten Uhren die „Sturmzeit" anzeigten, stürzten wir mit allerlei Sturmgerät aus unseren Gräben heraus. Gerade uns gegenüber kamen aber vier Franzosen ebenfalls aus ihren Gräben herausgestürzt und legten sich, ohne zu feuern, in ein großes Granatloch, das kurz vor ihrem Graben war. Aus dem französischen Graben empfing uns aber sonst ein rasendes Maschinengewehrfeuer. Ich lag mit zwei Mann vielleicht zehn Meter vor dem Loch, wo die vier Franzosen hineingeschlüpft waren. Doch bemerkten wir, daß sie wenig kriegerisch gesinnt waren. Schnell einigten wir drei uns — ein lebhafter Sprung — und wir lagen alle sieben — drei Deutsche und vier Franzosen — in einem gemeinsamen Loch. Diese machten zuerst recht verzweifelte Gesichter. Wir konnten uns kaum umdrehen, so dicht lagen wir zusammengedrängt und deckten uns vor den kurz darüber hinpfeifenden Geschossen der Franzosen. Rechts und links stürmten unsere Leute weiter vor. Da aber die Franzosen noch Gewehre bei sich trugen, entschlossen wir uns, als Bewachung bei den vier Gefangenen im Loche liegen zu bleiben. Es vergingen über drei Stunden. Einer holte aus der Manteltasche ein Stück Weißbrot heraus und bearbeitete es munter mit seinen schlechten Zähnen. Unsere Leute waren indessen im feindlichen Graben vorgedrungen, und als es dämmerte, konnten auch wir uns mit unserem „Trupp" hervorwagen. Als wir sie zur Gefangenen-Sammelstelle brachten, sagte einer unserer Leute, ein Vorwitziger aus dem Saalkreise, zu den Franzosen: „Verdun kaputt!" Sofort drehte sich einer um und zeigte mit dem Zeigefinger, wie mit einem Degen, nach jenem und stieß in sichtlicher Erregung und gebrochenem Deutsch hastig die Worte heraus: „Du — Du — brauchen Verdun?" Recht erschrocken über diese plötzlichen Worte sagte unser Kamerad verblüfft: „Nee!" Darauf antwortete der Franzose, noch immer ziemlich erregt: „Ich auch nix!" Ich lachte natürlich laut über diesen Reinfall, und schweigend trabten wir im Mondenschein dem nahen Walde zu. gn

Eine Riesenschreibmaschine

von 6 Meter Breite, 5 Meter Höhe und 7 Meter Tiefe bildet eine der Sehenswürdigkeiten der Panama-Pacific-Ausstellung. Die Schreibmaschine hat in allen Dimensionen das 12fache Ausmaß einer gewöhnlichen Schreibmaschine; ihr gesamter Kubikinhalt beträgt also das 1728fache (12 in der dritten Potenz) einer solchen. Die Maschine, die das niedliche Gewicht von 14 Zentnern hat, nahm zwei Jahre Bauzeit in Inspruch und kostete rund 100 000 Dollar. Die Maschine ist aber kein bloßes Schaustück, sondern sie schreibt wirkliche Buchstaben von 3 Zoll Höhe auf einen 3 Meter breiten Papierstreifen, und zwar vermittelt sie auf diese Weise den Ausstellungsbesuchern die Tagesneuigkeiten. Der Mechanismus wird in Bewegung gesetzt durch Tippen auf einer gewöhnlichen Maschine, die mit ihrer großen Schwester in elektrischer Verbindung steht.

Irland.

Erin — da liegt sie auf den Knien,
Bleich und entstellt, mit weh'ndem Haare,
Und streut des Shamrocks welkend Grün
Zitternd auf ihrer Kinder Bahre.
Sie kniet am See, sie kniet am Strom,
Sie kniet auf ihrer Berge Kronen —
Mehr noch, als Harold-Byrons Rom,
„Die Niobe der Nationen!"

Ferd. Freiligrath.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160502-13/fragment/page=0005

Aus der Partei.

Württembergische Landeskonferenz.

Am Sonntag, den 30. April, fand in Stuttgart eine württembergische Landeskonferenz statt, die durch die Beteiligung nicht nur der Kreisvorstände, sondern auch zahlreicher Ortsvereinsvertreter aus allen Landesteilen den Charakter einer kleinen Landesversammlung erhielt. Sie bestand aus 160 Parteigenossen und Genossinnen. Genosse Keil gab eine Uebersicht von den Vorgängen in der Reichstagsfraktion während der ganzen Kriegszeit. Eine ausgedehnte Debatte schloß sich an, in der zahlreiche Klagen über die Mißstände auf dem Gebiete der Volksernährung erhoben und Vorschläge für die fernere Tätigkeit der Fraktion gemacht wurden. Grundsätzlich stimmten alle Redner mit der Fraktionsmehrheit überein. Zur Frage der Reichssteuern, die vom Referenten mitbehandelt worden war, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Konferenz hält es für selbstverständlich, daß die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion an der Lösung der Aufgabe mitwirkt, die Einnahmen zur Deckung der Kriegskosten zu beschaffen unter Wahrung der Lebensinteressen der wirtschaftlich schwachen Volksschichten. Die von der Regierung zunächst geforderten Mehreinnahmen können durch die Kriegsgewinnsteuer, den Wehrbeitrag und eine gerecht und wirksam ausgebaute Erbschaftssteuer aufgebracht werden. Die vorgeschlagenen Verbrauchs- und Verkehrssteuern sind abzulehnen, da sie in der gegenwärtigen Zeit eine geradezu unverantwortliche weitere Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen zur Folge haben müssen."

In bezug auf die allgemeine Kriegspolitik unserer Reichstagsfraktion brachte die Konferenz ihre Ueberzeugung durch folgende Entschließung zum Ausdruck:

„Die Konferenz hält fest an der schon früher bekundeten Auffassung, daß die von der Mehrheit der Reichstagsfraktion in der Kriegszeit vertretene Politik mit den Grundanschauungen der Partei übereinstimmt und durch die Lebensinteressen des deutschen Volkes dringend geboten ist. Eine Abkehr von dieser Auffassung kann solange nicht in Frage kommen, als nicht die Regierungen und vor allem die sozialistischen Parteien der feindlichen Staaten ebenso ihre Friedensbereitschaft erklären, wie sie von Deutschland aus kundgegeben wurde. In dem Sondervorgehen der Fraktionsminderheit erblickt die Konferenz weder ein geeignetes Mittel zur raschen Herbeiführung des Friedens, noch ein solches zur Stärkung des Einflusses der Sozialdemokratie bei der Regelung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen die besitzlosen Volkskreise schwer leiden. Besonders der Kampf gegen die immer weiter steigenden Lebensmittelpreise und gegen die Mißstände in der Organisation der Volksernährung erfordert die Einigkeit der Kräfte der Arbeiterklasse. Die Zerstörung der Fraktionsdisziplin und die Gründung der Sonderfraktion stellt den ersten Schritt dar zur Spaltung der Partei, die von einer vom Boden der alten politischen und taktischen Anschauungen der Partei abweichenden Gruppe längst erstrebt wird. Die Konferenz billigt das Bemühen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses, die organisatorische Geschlossenheit der Partei zu erhalten, die nach Beendigung des Krieges zur Lösung der kommenden großen Aufgaben notwendiger sein wird als jemals. An die Parteigenossen in Württemberg richtet die Konferenz die dringende Mahnung, auch während der Kriegszeit keinerlei Mühe und Arbeit zu scheuen, um die Organisation und die Parteipresse stark zu erhalten und die auf Parteispaltung hinarbeitenden Kräfte unschädlich zu machen."

Der Satz, der vom Sondervorgehen der Minderheit handelt, wurde gegen zwei Stimmen, die Entschließung im übrigen einstimmig angenommen.

Aus der Großberliner Parteileitung.

Zu der Minoritäts-Erklärung über die Abhaltung einer Verbands-Generalversammlung (die am 28. April im Volksblatt veröffentlicht worden ist) hat die Mehrheit des Zentralvorstandes folgender Erklärung ihre Zustimmung gegeben:

„In der letzten Sitzung des Zentralvorstandes protestierten 20 Mitglieder gegen die Abhaltung der statutenmäßig fälligen Verbands-Generalversammlung. Ihr Protest ist hinfällig. Ihre Behauptung, die Einberufung einer Generalversammlung mit irgendeiner Tagesordnung sei statutenwidrig, ist mit dem Verbandsstatut nicht zu vereinbaren.

Nach § 12 unseres Verbandsstatuts muß mindestens halbjährlich eine Generalversammlung des Verbandes stattfinden. Eine Zuwiderhandlung hiergegen ist ein Statutenverstoß, ein unbegreiflicher, wenn er vom Verbandsvorstand ausgeht. Denn zu seinen Pflichten gehört nach § 8 unseres Statuts die Einberufung der Generalversammlung, nicht ihr Ausfallenlassen. Sind mit einem Ausfallenlassen der Generalversammlung sämtliche Kreise einverstanden, wie sie es im Oktober 1914 für die im November 1914 fällige Generalversammlung mit Rücksicht auf die Erwartung baldiger Beendigung des Krieges waren, so wird kein Parteigenosse hiergegen etwas einwenden. Anders steht es, sobald ein Kreis die Befolgung des Statuts verlangt. Dann muß eben nach dem Statut eine Generalversammlung stattfinden. Was zur Tagesordnung der Generalversammlung gehört, hat nach unserem Statut diese selbst zu entscheiden. Der Verbandsvorstand hat nach § 3 Absatz c nur die provisorische Tagesordnung festzusetzen. Die Tagesordnung muß natürlich im Rahmen der im § 13 des Statuts festgelegten Befugnisse der Generalversammlung liegen. Unsinnig ist aber die Annahme, sämtliche im § 13 des Statuts als Aufgaben der Generalversammlung bezeichneten Gegenstände müßten auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ist es mit Rücksicht auf den Krieg und den dadurch geschaffenen Zustand unmöglich, die brennendsten allgemeinen Fragen auf der Generalversammlung zu erörtern, so ist es durchaus zweckmäßig und notwendig, die Tagesordnung auf innere Parteiangelegenheiten — z. B. Kassenbericht Wahlen, Vorwärts-Angelegenheit — zu beschränken. Welche Gegenstände die Generalversammlung behandeln will, ist ihre Sache, zu entscheiden. Die Generalversammlung ist keine Sonderorganisation, sondern die allein berufene Vertretung Groß-Berlins, deren Beschlüsse für alle Genossen maßgebend sind. Die Erklärung der Minorität setzt sich also in gröblichsten Widerspruch zu unserem Verbandsstatut. Jeder Grundlage entbehrt die Behauptung der 20 Protestler von „brutaler Unterdrückung der Meinungsfreiheit" und von „systematischem Hinüberschieben der Berliner Parteiorganisationen zu den Bestrebungen der Sonderorganisationen". Der Protest der Zwanzig mit seinen unwahren Unterstellungen kann nur Ausdruck der Furcht sein, daß die Verbands-Generalversammlung in Wahrung ihres demokratischen Rechts die Zwanzig durch Genossen ersetzen könnte, welche die Ueberzeugung ihrer Wähler teilen und in diesem Sinne wirken. Wenn die Zwanzig drohen, sie würden die Beschlüsse der Generalversammlung nicht anerkennen, so würden sie sich mit der Betätigung dieser Drohung außerhalb der Organisation stellen."

Totenliste der Partei.

Max Seyferth, der Geschäftsführer der Leipziger Volkszeitung, ist am 29. April im Alter von 56 Jahren gestorben. Er erlag einem langjährigen Leiden. Mit Seyferth ist ein um die Entwicklung der Leipziger Arbeiterbewegung sehr verdienter Genosse dahingegangen. Bereits als junger Schriftsetzer war er unter dem Sozialistengesetz tätig. Neben dem vor einiger Zeit ebenfalls verstorbenen Genossen Kleemann war Seyferth einer der Hauptbeteiligten an der Umwandlung des Wähler in die Leipziger Volkszeitung, womit der Aufschwung der Leipziger Arbeiterbewegung eingeleitet wurde, wie auch die Gründung der Leipziger Volkszeitung und ihre Ausgestaltung unter Schönlanks Chefredaktion reformierend auf die deutsche Parteipresse eingewirkt hat. Unter Seyferths geschäftlicher Leitung erwarb sich die Leipziger Volkszeitung ein eigenes Heim. Eine Reihe von Jahren stand Seyferth auch an der Spitze der Leipziger Parteibewegung; in diese Zeit fällt die Gründung der Volkszeitung für das Muldental, die vornehmlich der Initiative Seyferths zu danken ist. Als Mitte der neunziger Jahre im Buchdruckerverband der Streit innerhalb der Organisation entstand, stellte sich Seyferth auf die Seite der neugegründeten Buchdrucker-Gewerkschaft. Seit einer Reihe von Jahren gehörte Seyferth auch dem Leipziger Stadtverordneten-Kollegium an.

Parteiliteratur

Von der im Verlage Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstraße 3, erscheinenden Hefte-Sammlung Dokumente zum Weltkrieg 1914, herausgegeben von Eduard Bernstein, ist als 14. Heft soeben der 2. Teil vom Ergänzungshefte des Deutschen Weißbuches erschienen. In dem Heft werden die Aufsätze und Notizen der halbamtlichen Nord. Allg. Zeitung, die sich auf die Vorgeschichte und den Ausbruch des gegenwärtigen Krieges beziehen, wiedergegeben. Wir finden Aufsätze über die im Jahre 1912 zwischen Deutschland und England gepflogenen Verhandlungen über Englands Rolle am Vorabend des Krieges, Kritik des französischen Gelbbuches, Kundgebung des Reichskanzlers gegen Viviani, zur Kündigung des Dreibundes, über Italiens Rolle zum Dreibund, über Rußlands Einwirken auf Serbien, über die Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn usw. — Das Heft kostet 60 Pfennig.

Aus der Provinz.

Gewinn einer landwirtschaftlichen Genossenschaft.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften scheinen, nachdem der freie Handel im Getreide- und Viehverkehr so gut wie ausgeschaltet ist, im allgemeinen recht gute Geschäfte zu machen. Das lehrt zum Beispiel der Geschäftsbericht der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft (e. G. m. b. H.) zu Hannover über das abgelaufene Geschäftsjahr 1915.

Danach hat die Genossenschaft im Geschäftsjahr 1915 einen Umsatz erzielt, der auf das Dreifache des voraufgegangenen Jahres stieg, und diesem Umsatz entsprach auch der Gewinn. Unter anderm war der Genossenschaft die Ausführung eines Schweinelieferungs-Vertrags, den die Landwirtschaftskammer für die Provinz Hannover abgeschlossen hatte, übertragen worden. Es handelte sich hierbei um die Lieferung von Futtergetreide an die Mäster, die ihrerseits die entsprechenden Schweine zu liefern hatten, einen Auftrag, welcher der Genossenschaft sehr erheblichen Gewinn brachte. Zurzeit ist die Genossenschaft mit der Abwicklung eines zweiten Schweinelieferungsvertrages beschäftigt. Hierbei erfolgt die Lieferung der Schweine an industrielle Bezirke des Westens und Südwestens der preußischen Monarchie. In den Kreisen Hameln, Hildesheim, Gifhorn und Neustadt a. R. wurde der Genossenschaft der kommissionsweise Ankauf des Getreides für die Reichsgetreidestelle übertragen. Weiter erfolgte die Uebertragung der Geschäftsführung und Finanzierung des Versorgungsverbandes für Futtermittel für die Provinz Hannover.

Die mit 6 510 664,55 Mark abschließende Bilanz ergibt nach den statutenmäßigen Abschreibungen usw. einen Reingewinn von 2 217 100,51 Mark, wovon für Kriegsgewinnsteuer (einschließlich 1914) 1 143 000 Mark sicherzustellen sind, so daß 1 074 101,51 Mark verbleiben.

Der Getreideumsatz betrug im Jahre 1914: 667 671 Zentner im Werte von 6 650 537,18 Mark, im Jahre 1915 dagegen 1 234 721 Zentner im Werte von 15 281 169,38 Mark. Die Genossenschaft hat es mithin sehr wohl verstanden, sich den neuen Kriegsverhältnissen anzupassen. Denn 34 Prozent des Umsatzes als Reingewinn, das ist fürwahr kein Pappenstiel. Die Konsumenten haben in Gestalt von Wucherpreisen die schwarze Kehrseite dieser Medaille kennen gelernt.

Ausgiebigere Obstverwertung.

Im Kreise Weißenfels ist ein Zusammenschluß aller Interessenten zur Obstverwertung geplant. Man will etwa folgendes zur Durchführung bringen: 1. Größtmöglichste Verwertung allen Obstes; 2. Schaffung leichter und bequemer Absatzmöglichkeiten, auch für solches Obst, dessen Abernten oftmals kaum lohnte; 3. Eindämmung der Unsitte, Obst unreif von den Bäumen zu reißen, wodurch große Werte der Volkswirtschaft verloren gingen; 4. bessere Bewertung des Edelobstes, um den deutschen Markt unabhängig vom Auslande zu machen. Nicht bezweckt wird eine Verteuerung des Wirtschaftsobstes oder eine Ausschaltung des Zwischenhandels, der nur auf ein gewisses Maß beschränkt werden soll, um die zutage getretenen Auswüchse zu beseitigen. Auch auf eine vermehrte Anpflanzung des Obstes soll hingearbeitet werden.

Polizeijagden auf Wildschweine.

Aus dem Kreise Münden (Hannover) wird berichtet, daß im ganzen Kreise eine umfassende Jagd auf Wildsauen durch Polizeiorgane veranstaltet werde, damit kein weiterer Schaden durch Wildfraß entstehe.

Diese Maßnahme würde sich auch anderwärts lohnen. Die Klagen der kleinen Landwirte verstummen nicht, und es gibt Bezirke, wo infolge des mangelnden Abschusses die Verwüstung der Fluren durch das Wild gewaltigen Umfang angenommen hat, namentlich da, wo die Provinzbehörden sich nicht veranlaßt gesehen haben, die Beschränkung der Schonzeit anzuordnen.

Merseburg. Eine Warnung an die Fleischereien seines Kreises erläßt unterm 28. April der Landrat in Form der folgenden Bekanntmachung: „Ich habe erfahren, daß die Fleischermeister des Kreises an Personen, die außerhalb des Kreises wohnen, besonders an Hallische und Leipziger Einwohner, Fleisch- und Wurstwaren verkauft haben. Ich nehme an, daß diese Fleischermeister Schlachtvieh über ihren Bedarf zugeteilt bekommen haben, weshalb ich solchen für die nächsten Wochen Schlachtvieh in geringerer Zahl zuweisen muß."

Schkeuditz. Angeschwemmte Kindesleiche. Beim Spielen an der sogenannten Schöppe der Elster, in der Nähe der Hedwigsbrücke, sahen Kinder am Freitag vormittag einen Gegenstand angeschwommen kommen. Sie fischten ihn heraus; es war der Leichnam eines kleinen Kindes, dem ein Mauersteinstück von etwa 1½ Pfund Schwere um den Hals gebunden war. Der kleine Körper wurde auf dem Gebiet des Gutsbezirks der Oberförsterei gefunden.

Eisleben. Leichenfund. Am Montag morgen wurde von Soldaten des hiesigen Ersatzbataillons bei Ausgrabungen auf einem hinter der Wiese gelegenen Ackerstück der untere Teil einer weiblichen Kindesleiche verscharrt aufgefunden. Der Oberkörper konnte bis jetzt trotz sorgfältiger Nachforschungen noch nicht aufgefunden werden. Auch der Täter ist bisher noch nicht ermittelt worden. (W. T. B.)

Bitterfeld. Kurzer Freiheitstraum. Am Sonnabend abend nahm der Gärtnereibesitzer Paul Möbius von hier, z. Z. beim Wachkommando hier, in seinem Grundstück zwei russische Kriegsgefangene fest, die von einem Arbeitskommando in der Nähe entwichen waren. Die Russen sind dem Gefangenenlager in Zerbst wieder zugeführt worden.

Wittenberg. Diebstahl. Beim Kaufmann Klebitz in der Jüdenstraße drang am Sonntag abend ein Dieb in die Wohnung und holte aus der Kassette eine größere Summe Geldes. Bald darauf wurde der Diebstahl bemerkt und der Polizeihund geholt; dieser fand sehr schnell beides, das Geld und den Dieb. Als Diebin wurde eine im Hause wohnende Arbeiterin ermittelt.

— Ein Fahrraddieb. Der 19jährige Fleischergeselle Nowack hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Fahrraddiebstahls im Rückfalle zu verantworten. Er war erst einige Tage aus dem hiesigen Gefängnis entlassen, wo er wegen des gleichen Vergehens sechs Wochen zugebracht hatte, da stahl er schon wieder ein Rad, das einige Augenblicke vor einem Hause stand, fuhr damit nach Zahna und verkaufte es für 30 Mk., wobei er aber auch schon ertappt wurde. Er ist geständig, muß aber den Diebstahl mit drei Monaten Gefängnis büßen.

Kleinwittenberg. Gemeinderatssitzung. In der am letzten Freitag abgehaltenen Sitzung wurden die neugewählten Vertreter Berndt und Hünsch durch den Gemeindevorsteher Michelmann eingeführt und verpflichtet. Dann wurde über mehrere Armensachen, die fast auf keiner Tagesordnung fehlen, beraten. — Nach Verlesen eines Schreibens des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen über die bekannten Einschränkungen der Hausschlachtungen folgt eine längere geheime Sitzung.

— Ein neuer Güterbahnhof wurde am 1. Mai auf der Blockstelle Apollensdorf eröffnet, zunächst jedoch nur für die umliegenden Fabriken, die Anschlußgleis haben. Diese neue Einrichtung ist sehr zu begrüßen, da Apollensdorf für die Fabriken näher liegt, als die Wittenberger Abfertigung. Besser wäre es schon gewesen, wenn wir einen Bahnhof in Kleinwittenberg mit vollem Betrieb erhalten hätten; bis jetzt können dort nur Stückgüter abgefertigt werden. — Gleichfalls wurde am 1. Mai die Postagentur der Reinsdorfer Werke in ein Postamt III. umgewandelt.

Piesteritz. Die Gründung der Gartenstadt-Genossenschaft wurde am vorigen Mittwoch vollzogen. Die Verhandlungen über den Erwerb des Bauterrains sind vor dem Abschlusse. Es ist dies die dritte Baugenossenschaft, die sich hier am Ort bildet. Es ist nur zu wünschen, daß nunmehr auch bald mit dem Bau von Wohnhäusern begonnen wird, denn die Wohnungsnot ist hier sehr groß. Zunächst ist die Bebauung eines größeren Terrains in der Nähe des Kleinwittenberger Bahnhofes in Aussicht genommen. Die Mietpreise sollen sich niedriger stellen, als bei der Siedlungsgesellschaft Sachsenland.

Schmiedeberg. Ein Brand entstand auf bisher nicht aufgeklärte Weise in dem in der Neustraße gelegenen Heinrichschen Hause. Das Feuer konnte, ehe es das ganze Haus ergriff, gelöscht werden, so daß der Schaden nicht allzu groß ist.

Allerlei.

Ohne Weib und ohne — Speck.

Im Friedeberger Queistalboten zeigt ein verlassener Ehemann an:

„Achtung! Mit für 17 Mark Räucherspeck davongelaufen ist meine Frau Klara Frieß. Dieselbe befindet sich als Hilfs-Wirtschafterin bei Liedwina Hoffmann in Birkicht. Ich warne jeden, der Person etwas zu borgen, da ich Schulden für dieselbe nicht bezahle. Hausbesitzer Hermann Frieß, Geppersdorf, Kreis Löwenberg."

Auch für 17 Mark Speck wird einmal alle. Der Mann sollte also ruhig warten, ob seine Klara auch dann noch eine so begehrenswerte Wirtschafterin bleibt!

Reisebrotkarten in Süddeutschland. Die in Elsaß-Lothringen, Baden, Bayern und Württemberg ausgestellten Brotkarten haben nach einem gemeinsamen Uebereinkommen jetzt in jedem dieser Staaten ohne zeitliche Beschränkung Gültigkeit. Diesem Beschlusse hat sich auch das Königreich Sachsen angeschlossen.

Ein rätselhaftes Verlangen. In den umfangreichen Anmeldeformularen, die die Breslauer Hotelgäste auszufüllen haben, findet sich auch die Rubrik „Religion".

Bergmannssterben. Auf der Zeche Hannover bei Wattenscheid kamen drei Bergleute bei Ausübung ihres Berufes zu Tode. Auf den Schachtanlagen 3 und 4 der genannten Zeche gerieten sie unter plötzlich niedergehende Gesteinsmassen und konnten nur als Leichen geborgen werden.

Auf Zeche Kaiserstuhl bei Dortmund gingen während der Nachtschicht auf einer Strecke größere Gesteinsmassen nieder, wodurch drei Bergleute verschüttet wurden. Dank den sofort aufgenommenen Rettungsarbeiten war es möglich, die Leute noch lebend, wenn auch zum Teil mit schweren Verletzungen, zu bergen.

Selbstmord einer Dreizehnjährigen. In Berlin wurde vor dem Grundstück Gröben-Ufer 4 die Leiche der 13 Jahre alten Tochter Mathilde der Arbeiterin Anna A. aus der Spree gelandet und nach dem Schauhause geschafft. Das Kind wurde seit dem 16. April vermißt und hat angeblich wegen schlechter Behandlung von der Mutter Selbstmord begangen.

Letzte Nachrichten.

Luftschiffangriffe im Osten.

Berlin, 2. Mai. Am 1. Mai wurden die militärischen Anlagen am Moonsund und von Pernau von einem Marineluftschiff mit gutem Erfolge angegriffen. Luftschiff ist unbeschädigt gelandet.

Gleichzeitig belegte ein Geschwader unserer Seeflugzeuge die militärischen Anlagen und die Flugstation von Papenholm auf Oesel mit Bomben und kehrte unversehrt zurück. Gute Wirkung beobachtet.

Ein feindliches Flugzeuggeschwader wurde an demselben Tage gegen unsere Marineanlagen in Windau angesetzt, mußte aber, durch die Abwehr gezwungen, unverrichteter Sache zurückkehren. Der Chef des Admiralstabes.

Friedenskundgebung in Spanien.

Madrid, 2. Mai. (W. T. B.) Der Syndikatsverband der Arbeitergruppen hat aus Anlaß des 1. Mai eine bedeutende Kundgebung veranstaltet, die in den Hauptstraßen von Madrid stattfand.

Briefkasten der Redaktion.

100 E. S. Wenn der aus der Schule entlassene Knabe bereits so viel verdient, als er zum Lebensunterhalt braucht, kann die Familienunterstützung für diesen eingestellt werden.

O. W. Anspruch auf die Reichswaisenhilfe haben nur die Frauen, die selbst Mitglied einer Krankenkasse oder deren Männer Kriegsteilnehmer sind.

E. L. Newyork sprich: Njujork.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Mittwoch, den 3. Mai: Ziemlich heiter, warm, Gewitterneigung.

Verantwortlich für: Politik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Thüringer Schokoladenhaus-Verkaufsstellen: Merseburg, Kleine Rittergasse 1 :: Bitterfeld, Halleschestrasse 17. Eilenburg, Leipzigerstrasse 25 :: Torgau, Bäckerstrasse 16. [*35

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219160502-13/fragment/page=0006